

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag (täglich) (rüh)

6. Jahrgang.

Dienstag, 27. April 1926.

Nr. 99.

## Die Hungersteuer.

Was die Agrarzölle für das arbeitende Volk bedeuten.

Wenn der Zollantrag der tschechischen Agrarier mit Hilfe der Vertreter des deutschen und tschechischen Bürgertums zum Gesetz erhoben werden sollte, so wird mit dem Tage der Inkraftsetzung dieses Gesetzes an der Grenze ein Zoll eingehoben werden: für jeden eingeführten Zentner Weizen 45 Kronen, Korn 42, Gerste 24, Hafer 36, Mais 24, für jeden Zentner Mehl oder Mahlprodukte 90 Kronen. Außerdem wird dann an der Grenze ein Viehzoll eingehoben werden, und zwar für die im Auslande gekauften Ochsen (pro Stück) 360 Kronen, Stiere 180, Kühe 180, Jungvieh 108, Kälber 30 und Schweine (im Durchschnitt) 72 Kronen. Ferner sind noch Zollausschläge für andere landwirtschaftliche Einfuhrartikel, wie Hülsenfrüchte, Eier usw., vorgezogen.

Agrarzölle haben den Zweck, die Preise der im Inlande erzeugten Landwirtschaftsprodukte um einen gewissen Betrag über dem Weltmarktpreise zu halten. Damit dieses Ziel erreicht wird, ermächtigt das Zollgesetz den Staat, die vom Auslande zur vollständigen Deckung des Inlandsbedarfes bezogenen Agrarerzeugnisse an der Grenze mit bestimmten Abgaben zu belegen, die dann der Staatskasse zufließen. An den Agrarzöllen verdienen also nicht nur die landwirtschaftlichen Großproduzenten, denen sie eine ständige Ueberzahlung des Weltmarktpreises für ihre Uberschüsse zusichern, an den Agrarzöllen verdient auch der Staat, der damit die Ermächtigung erhält, eine ansehnliche Steuer von allen eingeführten Lebensmitteln einzuheben.

Wie sich die geforderten Agrarzölle in unserem Staatsgebiete nach dieser Richtung hin auswirken würden, sollen die folgenden Ziffern zeigen. — Der Staat nimmt dann (unter Zugrundelegung der Einfuhrziffern des Jahres 1925 und der geforderten Zollsätze) an jährlichem Lebensmittelzoll ein:

	Kronen
Bei Weizen . . . . .	75.1 Millionen
„ Roggen . . . . .	71.4 „
„ Gerste . . . . .	11.3 „
„ Mehl u. Mahlprodukte . . . . .	239.2 „
„ Rindvieh u. Schweine . . . . .	58.4 „
<b>zusammen</b>	<b>455.4 Millionen</b>

Rechnet man hierzu die 25.8 Millionen Kronen Haferszoll sowie die Zolleinnahmen von Mais, Hülsenfrüchten und Eiern, so ergibt sich, daß der Staat mindestens eine halbe Milliarde Kronen an den Agrarzöllen verdienen wird. Da wir im vorigen Wirtschaftsjahr eine ausnehmend gute Ernte hatten, die namentlich die Getreide- und Mehleinfuhr im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren stark überbrückte, so ist für die Zukunft eher mit einer Erhöhung als einer Verminderung dieses Betrages zu rechnen.

Was bedeutet das für die arbeitende Bevölkerung? Daß mit einem Sieg der Agrarzöllner der Staat in die Lage versetzt wird, neben allen indirekten und direkten Steuern — den schon bestehenden und den noch geplanten! — noch Jahr für Jahr eine halbe Milliarde oder mehr an Brot- und Fleischsteuer einzuheben. Zu dieser halben Milliarde Kronen für den Staat kommen noch zwei bis drei Milliarden, die der Zollausschlag für die im Inlande erzeugten Lebensmittel bei vorsichtiger Schätzung ausmachen dürfte, die in erster Linie den großagrarischn Uberschußproduzenten zufließen und die mit voller Schwere die konsumierende Bevölkerung treffen werden. Man ersieht daraus, daß die agrarischen Zollpläne eine starke Rumutung für die arbeitenden Menschen bedeuten.

Aber die Agrarzöllner, denen schon der Mund nach den erhofften Milliarden wässrig ist, wollen gleichzeitig den Arbeitern einreden, daß das von ihnen geforderte Opfer ganz minimal ist. Herr Hilmer, einer der eifrigsten Verfechter landwirtschaftlicher Zölle, weist in seinen Aufsätzen immer wieder darauf hin,

daß die Ausgaben für Brot und Mehl bei einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie nur 13.53 Prozent, bei einer vierköpfigen Beamtenfamilie gar nur 6.12 Prozent der Gesamtausgaben ausmachen. Er hätte nur hinzuzufügen brauchen, um wieviel niedriger noch das Verhältnis etwa bei einer Fabrikanten- oder Aktionärsfamilie ist, um das denkbar schärfste Verdammungsurteil über seine eigenen Forderungen zu fällen. Weil eben die Ausgaben für Brot und Mehl einen wachsenden Anteil in den gesamten Lebenshaltungskosten einnehmen, je geringer das Einkommen wird, weil der bettelarme Heimarbeiter, der Textilarbeiter und der auf drei Schichtlöhne in der Woche angewiesene Bergarbeiter im Verhältnis viel mehr dafür ausgeben muß als jeder Festbesolter, von der bürgerlichen Oberschicht ganz zu schweigen, darum sind die Agrarzölle, namentlich die Getreidezölle nichts anderes als eine progressive Hungersteuer, die am schmerzlichsten die allerärmsten Leute trifft. Wer die heutigen Lebensverhältnisse der Arbeiter nicht nur von amtlichen Paradedifferenzen her kennt, muß bestätigen, daß in den armen deutschböhmischn Randgebieten, in Nordmähren und Schlesien, zehntausende, ja hunderttausende Familien dahinvegetieren, deren Hauptnahrungsmittel das liebe Brot ist, dessen Herbeischaffung ihr ganzer verzweifelter Existenzkampf gilt. Auf ihre Kosten hauptsächlich soll nun den großen Getreidebauern, Guts- und Restgüternbesitzern Innerböhmens und Mittelmährens aus der Not geholfen werden — das ist der Sinn und Zweck der Agrarzölle.

Man komme uns nicht mit dem Argument, daß die geforderten Zölle auch schon in der Vorkriegszeit bestanden haben. Wie schon oftmals dargelegt wurde, stehen die heutigen Arbeitslöhne an Kaufkraft tief unter den Vorkriegslöhnen, und was noch viel schwerer wiegt: vor dem Kriege hatten wir keine Umsatzsteuer und ein viel höheres Existenzminimum. Heute dagegen, wo jeder Bissen, den der Arbeiter zum Munde führt, schon sechs- bis siebenmal versteuert ist, heute, wo ihm der Steuereinnahmer bis in den Betrieb nachläuft und schließlich einen dreiprozentigen Steuerabzug von jeder Lohnkrone erpreßt, soll er noch die Milliardenlast der Agrarzölle auf sich nehmen!

Es wird uns zu Unrecht vorgeworfen, daß wir kein Verständnis für die Landwirtschaft hätten. Wir fragen alle jene, die Verständnis für ihre Produzenten- und Händlerjorgen heischen, wo ihr Verständnis für die Lage der Arbeiterbevölkerung bleibt! Wissen sie nicht, daß die Arbeiter, Angestellten und Häusler, kaum daß sie sich von der Hungerkatastrophe der Kriegs- und Inflationsjahre errettet hatten, wieder von dem Unwetter der Wirtschaftskrise niedergeworfen, durch das Unrecht des Lohnabbaues vollends zu Boden gedrückt wurden? Wissen sie nicht, daß die Menschen, die als die Träger zentnererwererer Zollaften ausersahen wurden, seit mehr als einem Jahrzehnt wirtschaftlich noch keinen Moment zu Atem gekommen sind?

Sie wissen es so gut wie wir selbst. Humanitäre Erwägungen spielen in den großen Auseinandersetzungen der Klassen jedoch keine Rolle. Da haben allein die Klasseninteressen das Wort, und das Klasseninteresse der Großagrarier fordert seinen Anteil an der Ausbeutung des arbeitenden Menschen. Darum wird von dieser Seite her kein ernsthafter Versuch unternommen, dem Uebel der Landwirtschaftskrise durch Ueberwindung des parasitären Zwischenhandels, genossenschaftliche Beherrschung der Märkte und planwirtschaftliche Organisation der Produktion beizukommen. Lieber verbünden sich die Agrarier mit dem städtischen Bürgertum, nehmen die vielverlästerten Industriellen weiter in Kauf und erschauern sich so die Agrarzölle, in der Hoffnung, daß die Unternehmer schon stark genug sein werden, eine Kompensierung der Lebensmittelsteuerung durch Lohnerhöhungen zu verhindern.

Der Sinn des Kampfes ist also der: die vereinigte Stadt- und Dorfbourgeoisie will den Arbeitsmenschen wieder zum alleinigen

Tragtier aller gesellschaftlichen Lasten erniedrigen. Gelingt der Anschlag, mit den Agrarzöllen den Hunger und die Armut in der schamlosesten Weise zu besteuern, dann werden die Angriffe — siehe den Kampf der Hausbesitzer um Vorkriegszinse! — nicht aufhören,

bis das Werk gekrönt ist. Es liegt nun an der gesamten arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land, ihren Feinden durch entschlossenen Widerstand klarzumachen, daß sie diese furchtbare Belastung ihres kümmerlichen Daseins unter keinen Umständen zu ertragen gewillt ist.

## Herzliche Aufnahme unserer Arbeiterdelegation in Wien.

Rundgang durch die Stadt. — Empfang beim Bürgermeister. — Besichtigung der Wohnhausbauten. — Begrüßungsabend im Ottakringer Arbeiterheim.

Wien, 26. April. (Eigenbericht.) Die Arbeiterdelegation, die aus der Tschechoslowakei gekommen ist, um das rote Wien zu besuchen, wurde gestern schon auf dem Bahnhof von den Wiener Genossen herzlich begrüßt. Auf dem Perron des Bahnhofes waren außer den Arbeiterjüngern die Abgeordneten Eidersch und Glöckel für den Parteivorstand, dann die Genossen Viktor Stein für die Gewerkschaftskommission, die Stadträte Weber und Karl Richter für die Wiener Gemeinde und außerdem Vertreter des Wiener Ausschusses erschienen. Die Gäste wurden von den Arbeiterjüngern mit einem Chöre begrüßt, worauf die Eisenbahnerkapelle des Republikanischen Schutzverbandes die Marschmusik anstimmte.

Auf dem großen Platz vor dem Bahnhofe begrüßte Abgeordneter Paul Richter namens des Parteivorstandes und der Wiener Arbeiterorganisation die Gäste, in deren Namen Hofbauer-Teplý herzlich dankte. Dann defilierten die Ordner und die Musikkapelle, voran ein großer Zug, vor den deutschen Arbeitern, die als Gäste nach Wien gekommen waren.

Nach kurzer Mittagsrast trat die Delegation den Rundgang durch die Stadt an. Die Delegierten hatten Gelegenheit, die Schlagfertigkeit und die Ausrüstung der Wiener städtischen Feuerwehr kennen zu lernen. Dann wurden die Gäste in das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum der Stadt Wien geführt, wo der Leiter des Museums Genosse Dr. Otto Neurath und der Abgeordnete Genosse Dr. Deutsch ihnen instruktive Erklärungen gaben. Durch den Stadtpark ging es dann zur Ringstraße ins Rathaus, wo beim Bürgermeister die leitenden Persönlichkeiten der Gemeinde die Gäste begrüßten. Bürgermeister Seih hielt eine längere Ansprache, die er mit den Worten schloß: „Ich weiß, daß die Zeit kommen wird, da auch bei euch der Sozialismus seine Fahne entfalten wird“. Im Namen der Delegation dankte Hofbauer-Teplý dem Bürgermeister und der ganzen Partei für das herzliche

Willkommen. Er sagte, die Gäste seien stolz auf das rote Wien, das für alle deutschböhmischn Genossen ein sozialdemokratisches Mekka geworden sei. Dann hielt Genosse Otto Bauer einen Vortrag über die politische Parteien in Oesterreich. Der Bürgermeister empfing hierauf die Delegierten als seine Gäste.

Auch der ganze Montag war mit Besichtigungen und mit Besprechungen ausgefüllt. Schon um halb 9 Uhr früh hörten die deutschböhmischn Genossen ein Refrät des Stadtrates Breiner über die Finanzpolitik der Gemeinde Wien im Sitzungssaal des Stadtsenates an. Die durchsichtigen Ausführungen des Wiener Finanzreferenten machten sichtlich einen großen Eindruck auf die Genossen. Dann folgte eine Besichtigung des Rathauses und ein Besuch im historischen Museum der Stadt Wien. Daran schloß sich eine Besichtigung des Parlamentsgebäudes, wobei im Sitzungssaal des sozialdemokratischen Abgeordnetenverbandes Abgeordneter Genosse Paul Richter einen Vortrag über die sozialdemokratische Wiener Organisation hielt.

Am Nachmittage besichtigten die Genossen die großen Wohnbauten der Gemeinde Wien, vor allem die Wohnbauten auf der Schmelz. Hier hielten im Lokale der Siedlung die Stadträte Franz Siegel und Anton Weber Vorträge über die Wohnungspolitik der roten Gemeinde. Sodann erfolgte eine Fahrt zu den Wohnhausbauten Sandteufen und Hernals.

Nachdem die Delegierten ihr Abendessen im Arbeiterheim in Ottakring eingenommen hatten, begaben sie sich zu dem Begrüßungsabend, den ihnen die Wiener Organisation im Ottakringer Arbeiterheim veranstaltete und bei dem der Abgeordnete Seber, der Obmann des Bezirkes, sie im Namen des großen proletarischen Bezirkes Ottakring auf herzlichste begrüßte. Bis zum späten Abend blieben die Genossen in gemüthlicher Aussprache in dem herrlichen Saale des großen Arbeiterheimes beisammen. Morgen folgen weitere Besichtigungen.

Die „Arbeiter-Zeitung“ widmet unseren Genossen einen herzlichen Begrüßungsartikel, dem wir folgendes entnehmen:

„Aus Böhmen und Spinnereien, aus Maschinenfabriken und Eisenwerken, aus Glashütten und aus der chemischen Industrie kommen sie — von ihren Arbeitskollegen auserwählt, das rote Wien zu studieren und nach ihrer Heimkehr ihren Genossen zu erzählen, was die Sozialdemokratie vermag, wo sie ein großes Gemeinwesen beherrscht, was die Arbeiterklasse leisten kann, wo sie, alle Zerplitterungsbestrebungen abwehrend einig und durch ihre Einigkeit stark geblieben ist.

Unsere Genossen aus den deutschen Gebieten Böhmens, Mährens, Schlesiens kommen in ein Land, dem der Gewaltfriede von Saint-Germain furchtbare Wunden geschlagen hat. Unsere Industrie, von ihren alten Absatzgebieten durch die Zerstückung des alten großen Wirtschaftsgebietes und durch die Hochschulzöllnerie der neuen Nationalstaaten abgeschnitten, steht unter dem Druck einer schweren Wirtschaftskrise. Zweihunderttausend Arbeitslose sind im Lande! Diese furchtbare wirtschaftliche Not schwächt die Angriffskraft der Arbeiterklasse. Sie bereitet auch der Arbeit unseres roten Rathauses unendliche Schwierigkeiten. Und doch, wenn unsere Freunde in dieser Woche auch nur einen kleinen Teil unserer Aufbauarbeit werden sehen können, auch nur Weniges von unserer Heilstätten, von unserer Kinderfürsorge, von unseren Schulen — sie werden, des sind wir gewiß, aus eigener Beobachtung die Gewißheit gewinnen, daß in diesem Lande, dessen Kapitalismus in der denkbar schwersten Krise ist, in diesem Lande, dessen Kapitalismus Hunderttausenden seiner Lohnslaven nicht mehr Arbeit und Brot zu geben vermag, eines nur stark und unerschütterlich, eines nur groß und leistungs-fähig ist: das Stück Sozialismus, das mitten in

dieser Welt eines zusammengebrochenen Kapitalismus besteht, das sozialistische Gemeinwesen Wiens!

Die Wiener Arbeiter freuen sich, daß die erste Arbeiterdelegation gerade aus den deutschen Gebieten der Sudetenländer zu uns kommt. Denn mit keiner Arbeiterklasse der Welt fühlen wir uns so eng verbunden, wie gerade mit unseren deutschen Genossen in der Tschechoslowakei! Wir haben mit ihnen jahrzehntelang in einer Partei zusammengewirkt. Wir haben gemeinsam mit ihnen unzählige Schlachten geschlagen. Jetzt freilich trennt uns eine Staatsgrenze. Und wir wissen, unter welcher furchtbaren schweren Bedingungen unsere Brüder jenseits dieser Grenze ihren Klassenkampf zu führen haben. Dort tobt immer noch, wie im alten Oesterreich und schlimmer noch als im alten Oesterreich, der Kampf der Nationen. Dort ist die Arbeiterklasse durch die nationalen Gegensätze gespalten, durch die Zerplitterungsarbeit der Kommunisten empfindlich geschwächt, viel schwächer, als es ihrer Zahl, ihrer Organisation, ihrer kulturellen Reife entsprechen würde. Und doch fehlt es auch dort nicht an allerersten Anzeichen, daß auch dort der Tag kommen wird, der die Arbeiterklasse einigt, und sie geschlossen der Bourgeoisie gegenüberstellt! Mögen die Beobachtungen, die die Delegierten der deutschen Arbeiterklasse der Tschechoslowakei in Wien machen werden, dazu beitragen, die breiten Massen der Arbeiterklasse beider Nationen in der Tschechoslowakischen Republik zu lehren, daß auch ohne gewaltsame Diktatur, selbst unter den wirtschaftlich und politisch schwersten Bedingungen eines tief erschütterten kleinen Landes, eine Arbeiterklasse Gewaltiges zu leisten vermag, wenn sie nur ihr höchstes Gut zu hüten versteht: ihre Einheit in einer Partei, in einer Gewerkschaftsorganisation!“

# Kroftas Erzählungen.

## Der tschechische Gesandte in Berlin schildert dort in einem Vortrag das Paradies der Deutschen in der Tschechoslowakei.

Herr Dr. Krofta, Gesandter der Tschechoslowakischen Republik in Berlin, hat es für gut und notwendig befunden, vor einigen Wochen, am 17. März, in der Berliner „Mittwochsgesellschaft“ einen Vortrag über „Die Stellung der Deutschen in der Tschechoslowakei“ zu halten. Der Herr Gesandte hat wohl kaum damit gerechnet, daß jemand aus dieser illustren Gesellschaft, die sich unpolitisch nennt und aus Intellektuellen, Schriftstellern, Diplomaten, Künstlern usw. zusammensetzt, den Inhalt dieses für die Reichsdeutschen bestimmten Vortrags auch den Süddeutschen zur Kenntnis bringen könnte, die ja daran schließlich auch ein gewisses Interesse haben. Das ist nun aber doch geschehen: vor uns liegt ein Auszug aus dieser Gesandtenrede, die selbst die an die tschechische Auslandspropaganda Gewöhnten als ungewöhnlich starken Tadel empfinden werden. Ist es schon an sich bedenklich, daß ein Gesandter, der unseres Erachtens ganz andere Aufgaben hat, politische Vorträge in unpolitischen Gesellschaften hält, so muß man es im Vorhinein, ehe man noch den Inhalt des Vortrages kennt, zumindest als arge Taktlosigkeit bezeichnen, wenn ausgerechnet der Gesandte der antideutschen Prager Regierung in Berlin über die Stellung der Süddeutschen eine Vorlesung hält. Und man muß sich nur wundern, daß die, wie wir annehmen wollen, peitschbedingte Mitgliedschaft dieses Vereines einem Kolleg des Herrn Krofta über dieses Thema nicht aus dem Wege ging. Dieses sonderbare Mitteilungsbedürfnis des Herrn Gesandten erscheint aber erst dann in vollen Licht, wenn man erfährt, was alles er in Berlin erzählte, und wie er unter den Mittwochsgesellschaftlern, die vermutlich kaum eine Ahnung von den Dingen jenseits ihrer Grenze haben, Wahrheit und Klarheit verbreitete.

Eingangs seines Vortrages wies er darauf hin, daß er sich mit Rücksicht auf seine tschechoslowakische Staatsangehörigkeit, seine offizielle Stellung und das Forum, vor dem er spreche, eine gewisse Zurückhaltung auferlegen müsse, und daß er sich der äußersten Objektivität befleißigen werde. Drum gab er auch wirklich die amtliche Kopfzahl der Deutschen mit 3.123.000 oder 23,4 Prozent der Gesamtbevölkerung an, fügte aber (zurückhaltend) hinzu, „daß also die Zahl der Deutschen nicht so hoch sei, wie in Deutschland oft angenommen werde“. Da das Gegenteil richtig ist, und die Reichsdeutschen meistens nicht wissen, daß die Süddeutschen 3,25 Millionen zählen und ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachen, so muß man annehmen, daß Herr Krofta seinen Hörern geradezu eine niedrigere Vorstellung suggerieren wollte. Die Verteilung der Nationen schilderte er durchaus „objektiv“, indem er nämlich sagte, daß die deutschen Siedlungsgebiete starke tschechoslowakische Minoritäten, die slawischen Teile aber nur geringe deutsche Minderheiten aufwiesen. Der Herr Gesandte ist nämlich viel zu zurückhaltend, als daß er über die geschlossenen deutschen Sprachgebiete (beispielsweise im Egerland) und darüber spräche, wie die in vielen deutschen Gebieten oft verdrängten tschechischen Minderheiten künstlich geschaffen, gezüchtet und gepflegt werden.

Der Herr Gesandte ließ sich dann sehr ausführlich auf eine Besprechung des „alten, national einheitslichen böhmischen Staates“ ein, streifte liebevoll die „Germanisierungsversuche unter Maria

Theresia und Josef II.“, um dann sehr lange bei der nationalen Unterdrückung zu verweilen — nämlich bei der Unterdrückung der Tschechen bis zum Kriegsausbruch. Hierüber führte der Herr Gesandte sogar Statistiken bei sich! Am interessantesten aber wurde Herr Dr. Krofta, als er sich der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart zuwendete. Er führte da, laut dem uns vorliegenden Bericht, unter anderem folgendes aus:

Nach dem Ausgang des Krieges hätte sich das Deutschum darüber klar sein müssen, daß dieser Zustand einer Bevorzugung vorüber sei. Trotzdem hätten sich starke Strömungen bemerkbar gemacht, die sogar auf eine staatsrechtliche Angliederung Böhmens und des Sudetenlandes an Deutsch-Österreich hinstielen. Den Tschechen sei es gelungen, diesen Plan zu verhindern. Ohne diese Anschlussbewegung kritisieren zu wollen, muß er — der Referent — hervorheben, daß die Deutschen zunächst zu einer positiven Mitarbeit eines neuen Staatsgebildes nicht zu bewegen gewesen seien. Die tschechoslowakische Verfassung sei so auch ohne die Zustimmung der Deutschen zustande gekommen.

Es sei aber nicht richtig, wenn behauptet werde, daß sie den Deutschen nicht die nötige Bewegungsfreiheit gegeben habe. Ein Beweis dafür seien die Novemberwahlen 1925, bei denen die Deutschen von 300 Sitzen — 41 kommunistischen = 259 Sitzen 71 Sitze erreicht hatten, also 28 Prozent bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von nur 23,4 Prozent. Ebenso liberal wie die tschechische Wahlordnung sei auch das Wahlrecht der Gemeinden. So sähen die Deutschen in Prag, wo sie seit den 80er Jahren nicht mehr im Stadtparlament vertreten gewesen seien, jetzt wieder mit 6 Mandaten in der Stadtwahlversammlung.

Wir wissen unsere Leser mit den Dingen vertraut genug, als daß ihnen nicht selber die Gesamtaufassung des Herrn Gesandten klar würde, der die Mittwochsgesellschaft förmlich zum Protest dagegen aufrief, daß die Süddeutschen nach dem Kriege, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur alleinigen Parole machte, und es den Tschechen auch brachte, „sogar“ — das Selbstbestimmungsrecht auch für sich gebrauchen wollten! Geradezu auf den Kopf aber stellt der objektive Herr Gesandte die Geschichte, wenn er erzählt, daß die Tschechen, die doch auf die Mitarbeit der Deutschen so großen Wert gelegt hätten, gewissermaßen gezwungen gewesen wären, die Staatsverfassung ohne die Deutschen zu beschließen. Herr Krofta verläßt sich eben darauf, daß die Mittwochsgesellschaft damals, als es in Prag hieß: „Mit Rebellen verhandeln wir nicht!“, anderweitig beschäftigt war.

Wohl am löstlichsten aber ist Herrn Kroftas Wahl-Arithmetik. Dadurch, daß er die kommunistischen Stimmen, von denen doch auch mindestens drei Viertel „tschechoslowakisch“ sind, einfach eliminiert, kommt er zu der Behauptung, daß die deutschen Mandate 28 Prozent der Gesamtmandate ausmachen, während doch wirklich 28 Prozent aller nichtkommunistischen Stimmen auf die Deutschen entfallen, wogegen wiederum, was sich natürlich nur abschätzen läßt, höchstens 15 Prozent deutscher Stimmen in den überwiegend tschechischen kommunistischen Stimmen enthalten sind. Aber selbst wenn die sonderbare Zählweise des Herrn Krofta bestehen könnte, würde das höchstens beweisen, daß die tschechische Volkszählung falsch ist. Um so mehr, als die Wahlzahlen in den deutschen Gebieten zugunsten der Tschechen hinausgehraubt wurden, was Herr Krofta in seiner Zurückhaltung natürlich in seinem Vortrag auch nicht erwähnt.

Auch von den Zuständen in dem „liberal“ gewählten Parlament, von der Wahlrechtsverschlechterung und von den jüngsten Plänen einer geradezu ungeheuerlichen Entdemokratisierung des Wahlrechts erzählte der famose Herr Gesandte nichts. Dafür machte er aus den faktisch vier deutschen Vertretern in der Prager Stadtvertretung sechs — wahrcheinlich, um den Herren von der Mittwochsgesellschaft, wenn einer von ihnen einmal nach Prag kommen sollte, die Tatsache noch plausibler zu machen, warum hier sogar deutsche Firmentafeln behördlich verboten sind!

Es würde zu weit führen, wollten wir uns eingehender auch mit den Ausführungen Kroftas über die Sprachenverordnungen und über die Schulfrage befassen. Er schilderte das Sprachenrecht der Deutschen in den rosigsten Farben, behauptete, daß die Deutschen selbst dort, wo sie nur eine kleine Minderheit bilden, „weitestgehendes Entgegenkommen“ finden, und die Schuldrollen leugnete, er direkt ab. Ebenso „streifte“ er den Beamtenabbau und über die Bodenreform — hier müssen wir doch noch ein wenig verweilen — ließ er sich also vernehmen:

Der Hauptzweck der Bodenreform sei ein sozialer und wirtschaftlicher. Die kleinen Landwirte sollen in den Besitz der großen Pachtgüter gelangen. Betroffen sei in erster Linie der Adel, der z. T. früher politisch farblos gewesen sei. Die Entschädigung erreiche zwar nicht den vollen Wert; sie sei aber nicht geringer als die Entschädigungen, welche von anderen Staaten gegeben werden, die ebenfalls ein Bodenreformgesetz durchführten.

Also das hat der „äußerst objektive“ Dr. Krofta über das beispiellose Unrecht, über die unerhörten Gewaltakte der tschechischen Bodenreform zu sagen! Er verschweigt, daß nur tschechische Kleinlandwirte etwas bekommen, deutsche höchstens um den Preis, daß sie ihre Nationalität verschachern; daß durch die Bodenreform die Güntlinge der allnationalen Parteien, die Betrüger der Nachhaber, in den Stand des neuen Grundbesitzes erhoben werden; daß — um nur ein Beispiel zu nennen — allein im Saazer Gebiet 40 der wertvollsten Meierhöfe auf diese Weise verschachert, die deutschen Landarbeiter dabon gejagt oder gezwungen wurden, sich zu verkaufen, ihre Kinder in die tschechischen Minderheitsschulen zu schicken. Man muß wirklich staunen, daß der tschechische Gesandte die Seite besitzt, einer Elite von Hörern all dies zu verschweigen, die Dinge ins Gegenteil umzukehren, zumal er doch vermuten mußte, daß man auch in der Berliner Mittwochsgesellschaft etwas von Marienbad und von dem gehört hat, was sich dort unter dem Namen einer Bodenreform eben abspielte!

Die Vorwürfe gegen die Tschechoslowakei, so schloß Herr Krofta, seien also nicht gerechtfertigt, nur „die und da seien Fehler vorgekommen“. So ein, verheißt sich: keiner Fehler war wohl auch, daran ist nicht zu zweifeln, die Rede des Herrn Krofta in Berlin. Wenn er wirklich glaubte, daß er mit diesem Vortrag dem Zusammenleben zwischen Tschechen und Deutschen einen guten Dienst erwiese, so hat er damit nur den Beweis erbracht, daß er ein sehr schlechter Politiker ist. Und das allein ist für einen Gesandten schon schlimm genug. Möge dies aber die tschechische Regierung, die dem Herrn Krofta nur das Amt gegeben hat, mit sich selbst ausmachen, so verhalten wir uns mit allem Nachdruck dagegen, daß Gesandte der Republik ihr Amt missbrauchen, um durch Entstellungen, Verschweigungen und Unwahrheiten tschechisch-nationale Auslandspropaganda zu betreiben und dabei — hier verquillt sich Politik

am sinnfälligsten mit der Unmoral — sich noch als objektiv und zurückhaltend auszugeben. Wir werden jedenfalls nichts unterlassen, dem Herrn Krofta die seiner Objektivität entsprechende Achtung zu verschaffen.

# Inland.

## Gemeinsame Beratungen der tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten.

Durch das Preßbureau wird folgendes Kommuniqué über eine gemeinsame Beratung der tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten verbreitet:

Montag fand im Abgeordnetenhaus eine gemeinsame Beratung der Klubvorsitze der Parlaments- und Senatsfraktionen der beiden Parteien statt. Es wurde hervorgehoben, daß beide sozialistische Parteien den dauernden unbegründeten Ausschub der Einberufung des Abgeordnetenhauses und damit auch die ständige Hinusschiebung der dringenden Vorlagen schwer tragen, an denen die Bevölkerung und namentlich das arbeitende Volk direkt ein Lebensinteresse hat. Es wurde daher ein einheitliches Vorgehen beider Parteien beschlossen, in erster Linie die unverzügliche Einberufung des Parlaments zu fordern; gleichzeitig wurden auch einheitliche Richtlinien für die Ausarbeitung von Anträgen festgelegt, welche beide Parteien sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat überreichen werden. Die Parteien kamen überein, von der Regierung die augenblickliche Vorlage der Vorlagen über die Altersversorgung der mehr als 65-Jährigen, die Baubewegung, die Verbindlichkeit von Kollektivverträgen, die Einführung der Unfallversicherung für landwirtschaftliche Arbeiter, die Aufhebung der Befristung und über die Steuerreform zu verlangen, damit die Nationalversammlung die Möglichkeit habe, gleichgültig mit der unverzüglichen Verhandlung des Gesetzes über das Gehaltssystem der Staatsangestellten, natürlich mit Ausschluß der Kongruenzregelung, möglichst bald auch diese angeführten Vorlagen zu erledigen.

Weiters wurden unter Bezugnahme auf den Initiativantrag der Agrarier im Senat Richtlinien für ein einheitliches Vorgehen beider sozialistischer Parteien in den zuständigen Ausschüssen aufgestellt und der übereinstimmende Standpunkt beider Parteien in dieser volkswirtschaftlich außerordentlich wichtigen Frage konstatiert. Beide Parteien lehnen die Lösung der Zollfrage auf dem Wege einer Ministerialverordnung ab und verfahren mit dem größten Nachdruck darauf, daß Fragen dieser Art einzig im Wege eines Gesetzes gelöst werden sollen.

## Die Christlichsozialen für die Hungersteuer.

Nachdem sich schon der Herr Senator Hilgenreiner mit großem kirchlichen Eifer für die neue schwere Belastung der arbeitenden Bevölkerung durch Agrarzölle eingesetzt hat, erhebt nun das Zentralorgan der deutschen Christlichsozialen Volkspartei, die „Deutsche Presse“ in ihrem sonntägigen Leitartikel mit Begeisterung die Forderung der Agrarzölle. Zuerst bemerkt das Blatt mit frommem Augenaufschlag, „daß ein wilder Klassenkampf den Bedürfnissen des Allgemeinwohls nicht gerecht werden kann“ und daß die Möglichkeit der Hilfe für die Landwirtschaft ohne Schädigung der übrigen Bevölkerung gegeben zu sein scheine. Das Blatt schreibt dann weiter:

den Köpfen gleichzeitig an irgend einen harten Gegenstand, und als sie emporblickten, begannen sie trotz der eisernen Abhärtung ihrer Nerven vor Entsetzen zu zittern. Sie erkannten nämlich, daß dieser harte Gegenstand die Füße eines Erhängten seien, der an einem Ast des Baumes, unter dem sich eben ihr unglückseliger Zweikampf abspielte hatte, frei hin und her baumelte...

„Fabricius!“ war der erste Gedanke Jorissons, der sich nicht enthalten konnte, ihn seinem englischen Konkurrenten mit siegreichem Lächeln mitzuteilen.

Dieser blickte finster, entnahm der Tasche den linken Stiefel des Professors und verglich ihn einigemale mit dem des Toten — er packte nicht dazu. Dann griff er noch in den Rock des Erhängten, fischte daraus ein Stück einer nicht ganz verpeisten Salamiwurst, legte darauf die Scheibe, die er bei sich trug, und als er sah, daß sich ihre Flächen nicht deckten, sagte er mit einem noch siegreicheren Lächeln:

„Keineswegs — mit herzlichem Bedauern muß ich feststellen, daß Sie auch diesmal (dieses Wort sprach er mit einem besonders boshaften Nachdruck) im Irrtum sind, hochgeschätzter Herr Kollege! Zumindest sprechen alle Indizien dafür, daß die Leiche mit dem verschundenen Erfinder auch nicht eine einzige Eigenschaft gemein hat.“

„Ich selbst hatte gewisse Bedenken“, erwiderte Morisson verdrücklich, griff aber zur Sicherheit doch noch in die Tasche des Unbekannten, und als er daraus ein kleines Notizbüchlein hervorgezogen hatte, lächelte er seinem Nebenbuhler so siegreich, wie es überhaupt nur möglich war, zu. Es trug nämlich die Aufschrift

„Prof. Sophophil Fabricius.“

„Vom ersten Augenblick an war ich davon überzeugt“, beiläufig ließ Morisson zu verstehen, „ich wollte nur alle eventuellen Zweifel entkräften.“

verlieren, begannen die beiden berühmten Männer das wertvolle Dokument zu unteruchen. Die ersten Seiten enthielten nichts Bemerkenswertes: einige zusammenhängende chemische Formeln, mehrere ungelöste Gleichungen mit fünf Unbekannten, einige Zitate aus Siddings, ein unvollendetes Gedicht in der Art Walt Whitmans, und eine Reihe Buchungen über tägliche Ausgaben. Unter diesen entdeckte aber das scharfe Auge Morissons die bedeutsame Notiz:

10 Hg ungarische Salami . . . 12 Fut\*).

Aber das nicht minder scharfe Auge Jorissons fand gleichzeitig eine andere von noch größerer Wichtigkeit:

„Besuch betr. Verstaatlichung der Agathergie hinterlegt im Min. f. öff. Arb. unter Pl. S. D. 5229 94.“

„Im, hier werden wir wohl nichts Interessantes mehr zu sehen bekommen“, warf scheinbar gleichgültig der Amerikaner hin und suchte das Notizbuch aufzulassen, bevor sein Rivale diese hochwichtige Entdeckung entdecken konnte. (Er selbst konnte sich die Zahl leicht merken, denn 52 Wochen hat das Jahr, er selbst war 29 Jahre alt und just 94 Mörder hatte er der Todesstrafe zugeführt).

„Ich bin ganz Ihrer Meinung“, entgegnete schlau „Grand Jad“, wobei er sich unbemerkt die Ziffern 5, 2, 2, 9, 9, 4 auf den Manschettenrand notierte.

Nachdem sie die Leiche noch einmal gründlich untersucht und nichts bei ihr gefunden hatten als etwas Kleingeld, eine Handvoll billigen Tabaks, Schopenhauers „Metaphysik der Liebe“, ein stumpfes Messer und eine Broschüre über die rationale Zucht von Masttauben, nahmen die großen Detektiven mit höflichem, aber gemessenem Grusse voneinander Abschied.

\* Fut = ein ungarischer Frank, eine Geldeinheit, die nach dem Kurse des letzten Jahres etwa 0,2-0,3 Kk beträgt.

Aus dem Tschechischen von Richard Brandel.

# Moral en gros.

Ein Roman wider alles Verkommen

12 Von Ziti Haußmann.

„Mich täuschen Sie nicht!“ stieß der Angefallene während des Kampfes zwischen den Zähnen hervor, „ich habe unstrittig Beweise, daß Sie selbst Fabricius sind, während ich — Jada Morisson heiße!“

„Morisson!“ „Admirable Mad“ schwankte und blickte seinem Gegner scharf ins Gesicht, wobei er einen Augenblick aufhörte, ihn zu würgen. „Ach, wahrhaftig! Wir sind das Opfer eines unheimlichen Mißverständnisses geworden... ich bin Mad Jorisson, wenn Sie schon meinen Namen gehört haben...?“

Jetzt ließ auch der Widersacher von seinem Vorhaben, den Daumengriff anzuwenden, ab und stieß schnell einige erklärende Redensarten hervor. Dann ließen die Rivalen inandern endgültig los und, noch immer liegend — denn die beiderseits ausgeleiteten Hüfte machten sie für einige Minuten zu freieren Bewegungen unfähig — erschöpften sie sich in Entschuldigungen, Erklärungen und Versicherungen unbegrenzter gegenseitiger Bewunderung. Aber ihr ziemlich lautes Lächeln schien nicht zu bestätigen, daß ihnen dieses unerwartete Zusammentreffen besonderes Vergnügen bereitet hätte.

Auch die beiden Taschen-Polizeihündchen, die ebenfalls in einem überaus heftigen Kampfe aneinandergeraten waren, ließen davon ab, als sie das friedliche Beginnen ihrer Herren sahen. Als den beiden großen Detektiven einigermassen die Kräfte zurückzulehren begannen, machten sie den schüchternen Versuch, sich mit gegenseitiger Hilfe wieder auf die Beine zu helfen. Aber kaum hatten sie sich ein wenig aufgerichtet, stießen sie mit

Noch war aber keine ganze Stunde vergangen, als sie wieder zusammentrafen, noch unerwarteter und unwillkommener als vorher, und zwar im Einreichungsprotokoll des Ministeriums für öffentliche Arbeiten. Sie waren beide sehr verduzt, aber mit dem ihnen eigenen Scharfsinn erkannten sie bald die Verträglichkeit ihrer Bestrebungen, sahen die unangenehme Notwendigkeit eines, wenigstens vorläufig, gemeinsamen Vorgehens ein und ersuchten kurzerhand den Oberoffizial Bureßty um den Akt Pl. S. D. 5229/94.

Der Beamte wies sie zunächst mit dem energischen Hinweis ab, sie möchten ihren Wunsch am folgenden Tage schriftlich einbringen, ließ sich aber schließlich so weit erweichen, daß er das Register brachte; er blätterte eine Weile darin und nach höchstens halbstündigem Suchen teilte er ihnen mit, daß der bewußte Akt dem Unterrichtsministerium abgetreten worden sei mit Rücksicht darauf, daß die Kompetenz des hierortigen Ministeriums zweifelhaft sei, während die Zuständigkeit des Unterrichtsministeriums gegeben sei, a) infolge der allgemein-pädagogischen, b) der sittlich-religiösen Bedeutsamkeit der Erfindung.

Im Unterrichtsministerium konnten die Detektive nur soviel feststellen, daß der Akt hier seinerzeit wirklich eingetragen, aber später dem Handelsministerium „als dem in sämtlichen Patentangelegenheiten einzig zuständigen“ abgetreten worden sei.

Wegen seiner höchst sozialen Wichtigkeit war aber der Akt auch hier nicht verblieben, sondern dem Ministerium für soziale Fürsorge zugewiesen worden und später der Finanzverwaltung „mit Rücksicht auf die das Staatsbudget in hervorragendem Maße belastende Seite der Erfindung“.

Die Notwendigkeit, daß sich die berufenen Kreise auch über die sozialpolitischen Folgen der ganzen Angelegenheit äußerten, bewirkte die Zulassung des Aktes an das Gesundheitsministerium.

(Fortsetzung folgt.)

Über eine solche Feststellung darf man nicht einfach mit wütenden Beschlagworten hinweggehen, wie es der sozialdemokratische Presse geschieht, von der man im übrigen eine sachliche Kritik in dieser Hinsicht schon auf Grund ihrer allgemeinen tatsächlichen Einstellung nicht verlangen kann. Sich der Möglichkeit der Hilfeleistung für einen Stand entschlagen deshalb, weil die Gefahr einer Mehrbelastung für andere Stände droht, ist kein sachlicher Weg. Dieser besteht vielmehr darin, daß man bei Anerkennung der sozialen Bedürfnisse jenes Stands die Abwehr der drohenden Gefahr der Mehrbelastung für die anderen Stände ins Auge faßt, wenn nicht anders dann durch ein Äquivalent. Diese Möglichkeiten sind gegeben.

Das Äquivalent der Agrarzölle sind nämlich nach der Meinung des genannten Stattes die Herabsetzung der Industriezölle, die Steuerreform und der Kampf gegen den Zwischenhandel. In Wirklichkeit ist dies nur der Schein des Äquivalents, denn da das christlichsoziale Blatt vorschlägt, wenn einmal die Agrarzölle Geseh werden sollten, dann werden sich nämlich die frommen Christlichsozialen den Teufel um das Äquivalent kümmern. In der Stellungnahme der Agrarzölle zeigt sich eben, daß die Christlichsozialen zwar viele Redensarten für die Leiden der arbeitenden Bevölkerung übrig haben, daß aber, wenn wirklich eine Frage zur Debatte steht, in der es Stellung zu nehmen gibt, entweder für die Besitzenden oder für die Beschäftigten, die frommen Brüder stets auf Seiten der Besitzenden, auf Seiten derjenigen sind, welche das arbeitende Volk ausbeuten.

**Der Faschismus in der Slowakei.**

Auch in der Slowakei gibt es, wie die „Libove Noviny“ berichten, faschistische Organisationen, und zwar gleich zweierlei, die einander wütend bekämpfen. Das eine sind die Organisationen der slowakischen Alexikalen, deren Angehörige schwarze Hemden tragen und deren Grundfals lautet: Weg mit allem Tschechischen! Ihr Streben geht dahin, die Slowakei von allen tschechischen Elementen zu reinigen. Die andere Gruppe der Faschisten will das gerade Gegenteil. Es sind dies Angehörige der nationaldemokratischen Partei, welche die Slowakei mit den Methoden des Herr Kramar beglücken wollen und die alle, so nicht ihrer Meinung sind, mit dem feurigen Schwert des Erzengels Gabriel — anders geht's nicht in dem frommen Lande — vernichten wollen. Wenn also der Faschismus in der Slowakei gleich in zweierlei Gestalt das Licht der Welt erblickt, wird er auf seiner Lebensbahn nicht viel Ruhm ernten.

**Gemeindevahl in Weiskirchitz.** Sonntag fand in Weiskirchitz bei Teplic die Gemeindevahl statt, bei der die sozialdemokratische Partei, trotz der gekoppelten deutschbürgerlichen Gegner, ihren Beststand erhielt. Abgegeben wurden für die deutschen Sozialdemokraten 888 Stimmen (10 Mandate), Kommunisten 281 (3), Deutsche Nationalsozialisten 505 (6), deutsche Gewerkschaften 271 (3), deutsche Christlichsoziale 495 (5), tschechische Gewerkschaften 96 (1), tschechische Sozialdemokraten 118 (1), tschechische Nationalsozialisten 103 (1). Es verloren die deutschen Nationalsozialisten fünf Mandate und die tschechischen Nationalsozialisten ein Mandat, während die neugegründete deutsche Gewerkschaften und die Christlichsozialen je drei Mandate gewonnen haben.

**Ausland.**

**Otto Bauer und die österreichische Rußland-Delegation.**

In einer Vertrauensmännerversammlung der Wiener Sozialdemokratischen Partei wurden die Berichte von vier österreichischen Genossen entgegengenommen, die zu einer ohne Mitwirkung der Partei von einem Komitee nach Sowjet-Rußland entsandten Delegation gehörten. Die aus Rußland Heimgekehrten meldeten die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Sowjetstaat im allgemeinen recht rosig, brachten Lohnstatistiken bei, aus denen allerdings hervorgeht, daß 70 Prozent der Fabriken im Afford arbeiten lassen und lobten die hohe Arbeitslosenunterstützung, die aber bekanntlich in Rußland nur mit einer Höchstdauer von einem halben Jahr gewährt wird. Sie behandelten eingehend die Sozialversicherung und ihre hochstehenden Wohlfahrtsanstalten, die vorläufig freilich nur die Industriearbeiter, nicht die Landarbeiter, umfaßt. Durch die hohen sozialen Lasten (?) würden allerdings die Produktionskosten verteuert (aber wohl auch durch die schwerfällige Staatsbürokratie! Red.), und Manufakturwaren seien zwei- bis dreimal so teuer wie in Oesterreich. Besonders Wert legten die Rußlandfahrer auf die Propagierung der gewerkschaftlichen Einheit. Der russische Arbeiter empfinde es schmerzhaft, von aller Welt abgeschlossen zu sein und wünsche eine einheitliche Front gegen das Kapital.

In der Aussprache über die Berichte hielt der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Genosse Otto Bauer, selbst einer der besten Kenner Rußlands und der kommunistischen Bewegung, eine Rede, die auch außerhalb Oesterreichs Beachtung verdient. Bei der Diskussion zwischen Sozialdemokratie und Bolschewismus sei, so führte er aus, das Entscheidende die Frage, ob in Rußland die Arbeiterschaft wirklich regiert und sich selbst ihr Schicksal zimmert und das muß verneint werden. Es regiert dort die Kommu-

nistische Partei, die der Kontrolle der Arbeitermassen nicht unterworfen ist. Wenn man aber die Herrschaft des Proletariats ernst nehmen will, dann muß man die Verwaltung so organisieren, daß es die Arbeiterschaft in der Hand hat, die Zusammensetzung der Regierung zu ändern, wenn sie es will. In Rußland gibt es nur eine Partei, die kommunistische. Die Sozialdemokratie ist verbannt und hat nicht einmal die Rechte, die selbst der Faschismus der italienischen Sozialdemokratie noch nicht genommen hat. Dabei habe im Ausland niemand sich schärfer gegen eine Einmischung der imperialistischen Staaten in Rußland gewandt als die russischen Menschewisten. Erst dann, wenn alle proletarischen Parteien, die mit legalen Mitteln innerhalb

der Sowjetverfassung und zu ihrer Demokratisierung wirken wollen, die Freiheit haben werden, um die Seele der Arbeiter zu werben, und die Arbeiter die Freiheit haben werden, in geheimer Wahl zu entscheiden, wird man sagen können, daß in Rußland die Arbeiterschaft herrscht. Die Russen wünschen jetzt die Gewerkschaftseinheit, nachdem sie 1919 der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale den Rücken gekehrt haben. Die Verhandlungen über eine Einigung müssen so lange scheitern, bis die Kommunisten die Zellenbildung in den Gewerkschaften einstellen und nicht weiter durch Spaltungen in den Einzelverbänden die Gewerkschaftsbewegung zu zerstören suchen. Otto Bauers Rede wurde von der Konferenz mit großem Beifall aufgenommen.

**Der deutsch-russische Vertrag.**

**Kapallo als Grundlage. — Neutralitätsabkommen. — Kein wirtschaftlicher oder finanzieller Boykott.**

Berlin, 26. April. (Wolff.) Der zwischen Deutschland und Rußland in Berlin abgeschlossene Vertrag hat folgenden Wortlaut:

**Artikel 1.**

Die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken bleibt der Vertrag von Kapallo. Die deutsche Regierung und die Regierung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken werden in freundschaftlicher Fühlung miteinander bleiben, um über alle ihre beiden Länder gemeinsam berührenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeizuführen.

**Artikel 2.**

Sollte einer der vertragsschließenden Teile trotz friedlichen Verhaltens von einer dritten Macht oder von mehreren dritten Mächten angegriffen werden, so wird der andere vertragsschließende Teil während der ganzen Dauer des Konfliktes Neutralität beobachten.

\* \* \*

**Wie der Völkerbundpakt interpretiert wird.**

**Kein Hindernis für gute deutsch-russische Beziehungen. — Bei Völkerbundaktionen gegen Rußland stellt Deutschland selbst fest, ob Rußland der Angreifer ist.**

Dem Vertrag ist ein Notenwechsel angefügt. Die deutsche Note an den russischen Vorschlag interpretiert namentlich die Stellung des Vertrages zu dem Artikel 16 des Völkerbundpaktes und sagt unter anderem:

1. Beide Regierungen sind übereinstimmend von der Auffassung ausgegangen, daß der von ihnen in Artikel 1 festgelegte Grundfals der Verständigung über alle die beiden Länder gemeinsam berührende Fragen politischer und wirtschaftlicher Art wesentlich zu der Erhaltung des allgemeinen Friedens beitragen werde.

2. In diesem Sinne haben die beiden Regierungen auch die grundsätzlichen Fragen erörtert, die mit dem Eintritte Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängen.

Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund kein Hindernis für die freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken bilden kann.

Der Völkerbund ist seiner grundlegenden Idee nach zur friedlichen und gerechten Ausgleichung internationaler Gegensätze bestimmt. Die deutsche Regierung ist entschlossen, an der Verwirklichung dieser Idee nach Kräften mitzuarbeiten.

Sollten dagegen, was die deutsche Regierung nicht annimmt, im Rahmen des Völkerbundes irgendwelche Bestrebungen hervortreten, die im Widerspruch mit jener grundlegenden Friedensidee einseitig gegen die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken gerichtet wären, so würde Deutschland derartigen Bestrebungen mit allem Nachdruck entgegenwirken.

3. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß diese grundlegende Einstellung der deutschen Politik gegenüber der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken auch nicht durch die lokale Beobachtung der Verpflichungen beeinträchtigt werden kann, die sich für Deutschland nach seinem Eintritte in den Völkerbund aus den

Artikeln 16 und 17 der Völkerbundstatuten über das Sanktionsverfahren ergeben würden. Nach diesen Artikeln käme ein Sanktionsverfahren gegen die Union der sozialistischen Sowjetrepubli-

**Artikel 3.**

Sollte aus Anlaß eines Konfliktes der im Artikel 2 erwähnten Art oder auch zu einer Zeit, in der sich keiner der vertragsschließenden Teile in kriegerischen Verwicklungen befindet, zwischen dritten Mächten eine Koalition zu dem Zwecke geschlossen werden, gegen einen der vertragsschließenden Teile einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich der andere vertragsschließende Teil einer solchen Koalition nicht anschließen.

**Artikel 4.**

Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt für die Dauer von 5 Jahren. Die beiden vertragsschließenden Teile werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist über die weitere Gestaltung ihrer politischen Beziehungen verständigen.

bliken, abgesehen von weiteren Voraussetzungen, nur dann in Betracht, wenn die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken einen Angriffskrieg gegen einen dritten Staat eröffnete. Dabei

ist zu berücksichtigen, daß die Frage, ob die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken bei einem bewaffneten Konflikt mit einem dritten Staat der Angreifer ist, mit bindender Wirkung für Deutschland nur mit dessen eigener Zustimmung entschieden werden könnte, und daß somit eine in dieser Hinsicht etwa von einer anderen Macht gegen die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken erhobene, nach deutscher Ansicht nicht berechtigte Beschuldigung, Deutschland nicht zwingen würde, an irgendwelchen auf Grund des Artikels 16 eingeleiteten Maßnahmen teilzunehmen.

Wegen der Frage, ob und in welchem Maße Deutschland in konkretem Falle überhaupt imstande sein würde, an einem Sanktionsverfahren teilzunehmen, verweist die deutsche Regierung auf die bei Gelegenheit der Unterzeichnung des Vertragswerkes von Locarno an die deutsche Delegation gerichtete Note vom 1. Dezember 1925 über die Auslegung des Artikels 16.

4. Um für die reibungslose Erledigung aller zwischen ihnen auftauchenden Fragen eine sichere Grundlage zu schaffen, halten die beiden Regierungen es für zweckmäßig, alsbald in Erörterungen über den Abschluß eines allgemeinen Vertrages zur friedlichen Lösung der zwischen den beiden Teilen etwa entstehenden Konflikte einzutreten, wobei insbesondere die Möglichkeiten des schiedsgerichtlichen Verfahrens und des Vergleichsverfahrens berücksichtigt werden sollen.

**Der Vertrag im deutschen Außen-**

**auschuß gebilligt.**

Berlin, 6. April. (Eigenbericht.) Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages hat sich heute mit dem deutsch-russischen Vertrag befaßt. An die Bekannngabe des Inhalts schloß sich erst eine ausführliche Darlegung des Reichsaussenministers Dr. Stresemann und dann eine längere Aussprache an. Die Vertreter der Fraktionen erklärten sich im allgemeinen mit dem Vertrag einverstanden. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt werden.

**Der englische Bergarbeiterkonflikt.**

**Ununterbrochen wird verhandelt.**

London, 26. April. (AP.) Die Verhandlungen über die Lösung der Kohlenkrise waren seit Freitag unterbrochen. Heute früh verhandelte der Ministerpräsident mit den Vertretern der beiden Streikparteien. Da die Unterfütterung für die Kohlenindustrie am Freitag zu Ende geht, erwartet man, daß in den nächsten Tagen die Verhandlungen zur Lösung des Konfliktes intensiv werden fortgesetzt werden.

**Der bayerische Ministerpräsident hebt gegen die Locarnopolitik.**

Berlin, 26. April. (Eigenbericht.) Schon einmal hatte der bayerische Ministerpräsident Held die deutsche Außenpolitik zu durchkreuzen versucht, indem er seinerzeit eine Rede gegen Mussolini hielt, die den Aufschuß zu den Auseinandersetzungen zwischen Stresemann und Mussolini gab. Kurz nach den ergebnislos abgebrochenen Verhandlungen in Genf übernahm der „Bayerische Staatsanzeiger“ einen Ueberfall gegen die Locarnopolitik der Reichsregierung. Gestern hat nun Herr Held in Regensburg auf einer Tagung der bayerischen Volkspartei eine neue Rede gehalten, die inhaltlich dem Artikel im „Bayerischen Staatsanzeiger“ entsprach. Er behauptete, daß der Sicherheitspakt und was damit zusammenhängt, nichts anderes als eine Sicherung der englischen Politik sei. Von Locarno hätte Deutschland bisher nur eine Kette von Enttäuschungen erlebt; der Völkerbund sei nur ein Instrument der Siegerstaaten, um Deutschland an die Wand zu drücken. Deutschland könne sich außerhalb des Völkerbundes viel stärker geltend machen, als es im Völkerbund möglich sei. Held erklärte schließlich, daß Bayern die Einheit des Reiches wolle, aber dazu brauche man kein Einheitsrecht.

Die Absichten des bayerischen Ministerpräsidenten sind ganz klar. Held arbeitet unermüdet an der Loslösung Bayerns vom Reich. Nur aus diesem Grunde weitere er gegen die jetzige Außenpolitik, trotzdem er seinerzeit, vor dem Zusammenbruche Deutschlands, mit den Westmächten geliebäugelt hatte, um für Bayern auf Kosten des Reiches einen Sonderfrieden zu erhalten. Auch jetzt versucht er die Beziehungen Bayerns zum Reich immer weiter zu lockern. Die bayerischen Kampfverbände, die den Frontkriegergeist pflegen sollen und offen ihre antirepublikanische Bestimmung bekunden, leben wieder auf. Held hat aber noch nicht ein Wort gegen die Bewaffnung dieser Verbände gesprochen, obgleich offensichtlich sie zum Bürgerkrieg rufen.

**Fromme Wünsche der Deutschnationalen**

Berlin, 26. April. (Eigenbericht.) Stresemann hatte kürzlich in Stuttgart die Deutschnationalen aufgefordert, an der von ihm und dem Reichskanzler betriebenen Außenpolitik offiziell mitzuarbeiten, wenn die Regierungskoalition nach rechts erweitert werden sollte.

Daraufhin hat der neue Parteiführer der Deutschnationalen, Graf Westarp, gestern in einer Rede auf dem Landesparteitag Potsdam Antwort gegeben. Er verkündet als Programm die Absicht, den der Bedeutung der Partei entsprechenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte zu erlangen. Prinzipiell seien die Deutschnationalen zum Eintritt in die Regierung bereit, allerdings nur dann, wenn ihre Forderungen im weitgehenden Maße erfüllt werden. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Deutschnationalen gern die ihnen unangenehmen demokratischen und Zentrumsminister wie auch den Reichskanzler und den Außenminister beseitigen wollen, um dann ungestört eine Politik treiben zu können, die in der Politik der deutschnationalen Bestrebungen liegt, nämlich im Keufern Abbruch der Verständigungsverhandlungen und Abgabe an den Völkerbund, im Innern die Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse, wobei das erste die Erfüllung der Ansprüche der ehemaligen Gärften sein soll.

**Die Weltwirtschaftskonferenz.**

Genf, 26. April. (Helv.) Die Kommission zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz hat hier heute nachmittags ihre Arbeiten begonnen. Es nehmen daran 38 Mitglieder teil, die nicht die Regierungen vertreten, sondern vom Völkerbundsrat auf Grund ihrer persönlichen Erfahrungen in Wirtschaftsfragen ernannt wurden. Der vom Völkerbund ernannte Kommissionspräsident, der ehemalige schweizerische Bundespräsident Ador, ist aus Gesundheitsrücksichten an der Teilnahme verhindert. Die Verhandlungen werden daher vom ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten Teunis geleitet.

**Erste Lage in Kalkutta.**

London, 26. April. Bei den vier Tage hindurch währenden Ausschreitungen in Kalkutta wurden 25 Personen getötet und zumindest 200 Personen verletzt. Trotz aller politischen Maßnahmen finden unausgesetzt Zusammenstöße zwischen Indern und Mohammedanern statt. Ueberfälle von Einzelpersonen und Plünderungen von Läden werden von allen Seiten gemeldet. Die Polizei war genötigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Die Handelskammer erhob bei der Regierung Beschwerde wegen der vollständigen Einstellung des Handels und fordert von der Regierung, daß sie gemeinsam mit anderen Organisationen die Ordnung wieder herstelle. Die Lage ist ernst.

# Die Maifestschrift 1926

Ist soeben erschienen. Sie enthält Aufsätze von Johann Polach, Josef Hofbauer, Emil Franzel, Fanni Matny, Anton Schäfer u. a. sowie Bilder von Katan, Klingner, Kollwitz, Fiedler und Gündl.

Umfang 20 Seiten. Preis K 1.—

Die Maifestschrift kann bei allen Bezirksorganisationen oder direkt bei der Zentralfstelle für das Bildungswesen, Prag II., Rektorzankla 18, bezogen werden.

## Tages-Neuigkeiten.

### Im Geiste Hitlers.

Im Gästebuch der Weplerer Jugendherberge findet sich folgende Eintragung:

Weplar, den 12. März 1926.

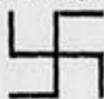
Ich bin von Leipzig nach Weplar zu Fuß gekommen.

In der Jugendherberge habe ich Gwutir genommen.

Und weil ich mich fülte wie zu Haus

Ruhte ich mich gleich zwei Tage aus.

Treu dem Zeichen.



Treu dem Führer Adolf Hitler,

Treu dem deutschen Volk,

Ins Herz sollst du dir graben:

Das Wort als wei in Stein,

Was wir verloren haben,

Darf nicht verloren sein.

Ich bedanke mich für die freundliche Aufnahme des Herbergwärters.

Wer nie Sein Brot mit Tränen als

der Kennnd noch nicht den Wandermarsch,

Der Weltreisende Otto Wehmann.

Heil — Sig u. Rache.

Und diese Leute, die nicht einen Satz richtig

deutsch schreiben können, gebärden sich als die

Führer der Nation. In ihrem Wesen soll die

Welt genesen!

### Ellen Key gestorben.

Am 24. April ist in Strand am Wettersee in Schweden eine Frau gestorben, deren Name um die Wende des Jahrhunderts in aller Munde war: Ellen Key, die wie selten eine Frau eine vielseitige Tätigkeit ausübte und die in allem, was sie tat, erfüllt war von der Liebe zu ihren Mitmenschen, von dem Wunsche, insbesondere den Frauen und Kindern zu helfen. Der Frau als Mutter und Gattin galten die meisten ihrer Reden und Schriften. Ihr ging es nicht in erster Linie um die politische Gleichberechtigung der Frau, sondern darum, der Frau als Mutter und Gattin die Stellung in der Gesellschaft zu erringen, die ihr gebührt. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung hat die Grundlagen der kleinbürgerlichen Ehe, in der sich das Leben der Frau und die Erziehung der Kinder abspielte, untergraben, die neue Entwicklung hatte in den Frauen eine andere Lebensauffassung hervorgebracht, neue Wünsche in ihnen geschaffen. Ellen Key hat in populären Schriften und Reden vor allem auf diese Probleme aufmerksam gemacht, sie ist den bürgerlichen Vorurteilen entgegengetreten und hat insbesondere das Recht der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes verfolgt. Sie hat der bürgerlichen Gesellschaft, welche das uneheliche Kind zum Leidtragenden einer heuchlerischen Moral gemacht hat, eine andere Sittlichkeit entgegengehalten, und zwar die, daß es moralisch höher sei, uneheliche Kinder in die Welt zu setzen und für sie zu sorgen, als eheliche Kinder zu haben und für sie nicht zu sorgen.

Diese neue Sittlichkeit war ein Vorstoß gegen die Moral des Epikurismus und gegen die Moral der Bourgeoisie überhaupt. Die Tatsache aber, daß die bekämpften Zustände, die Ellen Key kritisierte, eine notwendige Folge der kapitalistischen Entwicklung sind und daß sie erst schwinden können, bis die Frau und das Kind vollkommen befreit sein werden — im Sozialismus — hat die Schriftstellerin niemals völlig begriffen. Wohl stand sie in engen Beziehungen zur schwedischen Arbeiterbewegung; Hjalmar Branting, der vor einem Jahr verstorbene Führer der schwedischen Sozialdemokratie, war ihr Freund, an der Arbeiterhochschule in Stockholm war sie eine beliebte Lehrerin. Aber immer wieder suchte sie Brücken zu schlagen vom Sozialismus zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung, eine Synthese zu finden zwischen Sozialismus und Individualismus, zwischen Marx und Nietzsche.

Geboren wurde Ellen Key 1849 auf einem Gute ihres Vaters, der ein demokratischer Politiker gewesen war. Mütterlicherseits stammte sie aus einer gräflichen Familie. Sie wurde Lehrerin an einer Mädchenschule in Stockholm, später an der dortigen Arbeiterhochschule. In ihrer ersten Schrift wandte sie sich gegen die Einlektion von vier Studenten auf Grund des Gotteslästerungsparagrafen, später galt ihr Interesse Problemen der Frau und des Kindes.

Ihr berühmtestes Werk ist das 1899 erschienene „Jahrhundert des Kindes“, dessen Titel zum Schlagwort geworden ist. Andere bedeutende Schriften sind „Mißbrauch der Frauenkraft“ und „Heber Liebe und Ehe“. Ihre kleineren Schriften sind unter dem Titel „Essays“ erschienen. In den letzten Jahren wandte sie sich religiösen Problemen zu. Jesus von Nazareth galt ihr als der große Prophet der Liebe und des Friedens. Aber auch in dieser religiösen Wandlung blieb sie bis an ihr Lebensende die große Predigerin der Menschlichkeit.

### Weg mit dem Mieterschutz!

Die landbühnerische Begleitmusik zum Zollkampf.

Die deutschen wie die tschechischen Agrarier sind jetzt eifrig bemüht, für ihre Zollforderungen Stimmung zu machen und sie wollen bei dieser Gelegenheit auch der konsumierenden Bevölkerung in Stadt und Land einreden, daß sie die Zollbelastung der wichtigsten Lebensmittel nur in geringem Maße treffen würde. Die „Landpost“ vom 24. April gibt in ihrem Berichte über die Senatsrede Hilgenreiners sogar die Notlage der geistigen und körperlichen Arbeiter zu, „die allerdings heute keine weitere Belastung ihres Lebensstandes ertragen“. So steht es wörtlich im deutsch-agrarischen Zentralorgan!

Der in Eger erscheinende „Deutsche Landruf“, ebenfalls ein Parteiblatt des Bundes der Landwirte, vertritt eine ganz entgegengesetzte Auffassung. Nach seiner Meinung können die arbeitenden Menschen nicht nur die Zollbelastung, sondern auch eine sofortige ausgiebige Mietzinssteigerung in Kauf nehmen. Das Blatt befürwortet in seiner Nummer vom 24. April die Beseitigung des Mieterschutzes, wobei es sich bemüht, das habgierige Profitinteresse der Zinsgeier hinter der in einzelnen Fällen wirklich vorhandenen Benachteiligung der Kleinhausbesitzer zu verschleiern. In dem Leitartikel wird u. a. behauptet, daß die Stundenlöhne der Arbeiter gegenüber dem Friedensstand verzehnfacht sind, daß die Mieter als gutbezahlte Arbeiter, gemessen an den Verhältnissen des Hausbesitzers, oft Krüppel sind, die ihn durch ihre privilegierte Stellung „in der schamlosesten Weise ausbeuten“. Wie bei diesem rührenden Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft nicht anders zu erwarten ist, verlangt das Blatt eine Mietzinssteigerung auf mindestens 10 Prozent des investierten Gebäudewertes und stellt schließlich folgende Forderungen auf:

„Im Interesse der Volks- und Staats- und einer geregelten Gemeindevirtschaft müßte deshalb gefordert werden:

- 1. Sofortige Aufhebung des Mieterschutzgesetzes.
2. Einführung einer zeitgemäßen Mieta, aber keinesfalls unter 8 Prozent vom Gebäudewert sofort und vierteljährliche Erhöhung um 1 Prozent, bis der derzeitige Zinsaufwand nach vorstehender Berechnung für die im Gebäude investierte Wertsumme erreicht ist.
3. Sofortigen Ausschluß der Erwerbsträume aus dem Mieterschutzgesetz.

Erst in letzter Linie wird sodann ein Ausschluß der wohlhabenden Mieter und der Luxuswohnungen aus dem Mieterschutz verlangt. Wie man daraus ersieht, marschieren die Agrarier beim Angriff auf die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung auf allen Fronten in erster Reihe. Durch strammes Eintreten für die Zinswucher- und Spekulationsfreiheit im Wohnungswesen wollen sie sich offenbar die Gefolgschaft des städtischen Bürgertums im Kampfe um die Agrarzölle sichern. Die Arbeiterschaft mag daran erkennen, wessen sie sich von der bürgerlich-agrarischen Reaktion zu versehen hat und was von den heuchlerischen Beteuerungen ihrer „Volksfreundlichkeit“ zu halten ist.

Reservisten-Beschwerden. Ein Reservist, der eben die herrliche Zeit der Waffeneübung hinter sich gebracht hat, wendet sich in einem Schreiben an uns, um über einige Unzulänglichkeiten Beschwerde zu führen, die ihm oder den Reservisten im allgemeinen beim Infanterieregiment 22 in Pilsen widerfahren sind. Als Unrecht kleinlichster und häßlichster Art berührt vor allem die mitgeteilte Tatsache, daß die Reservisten vor dem Abmarsch einen Geldbetrag von verschiedener Höhe (bald 40 Heller, bald zwei Kronen) erlegen mußten, weil sie angeblich die Monturen, die sie unrein gefaßt hatten, nicht genügend sauber abgeben hätten. Wir glauben, daß es der so ausreichend dotierte tschechische Militarismus am allerwenigsten notwendig hätte, armen Reservisten noch zum Abschied ein paar Kronen herauszuziehen. Sie dürften das Militär doch wohl auch so in angenehmer Erinnerung behalten! Außerdem wird über die Menage Klage geführt, die sich innerhalb der letzten Jahre bedeutend verschlechtert, qualitativ und quantitativ. Von anderer Seite wieder wird uns berichtet, daß ein Genosse bei seinem Regiment (das wir im Interesse des Beschwerdeführenden nicht nennen) den „Sozialdemokrat“, den er sich in die Kaserne nachschicken ließ, durch eine Reihe von Tagen nicht erhielt. Hoffentlich genügen diese Feststellungen, um die vorgesetzten Kommandos zu veranlassen, daß sie für die Abstellung dieser Ungehörigkeiten sorgen. Sonst müßten wir deutscher werden.

Fünf offene Stellen — 104 Bewerber. Die Stadtgemeinde Breiburg hat für die Besorgung der Eskorten im Schuldwesen die neu-

zubehörenden Stellen von fünf Wacheuten ausgeschrieben. Daraufhin liefen nicht weniger als 104 gestempelte Gesuche ein! Alle Ansuchenden beherrschen das Slowakische, das Deutsche und das Ungarische; es finden sich unter ihnen sogar Leute, die Maturitätszeugnisse vorgelegt haben. All dies und diese alle für Posten, die monatlich 800 Kronen tragen, und deren traurige Hauptaufgabe darin besteht, arme „Schüßlinge“ auf langen, aufreibenden Eisenbahnfahrten zu eskortieren. Die 104 Bewerber um die fünf Wachmannstellen geben ein deutliches Bild von der wirtschaftlichen Not, der Massenarbeitslosigkeit und vom Versinken breiter mittelmäßiger und sogenannter Intelligenzschichten in das Proletariat.

Bestehte Arbeiterfeindschaft. Die „Bohemia“ berichtet von Aktionen, die in Prag und Brünn angeblich Besitzer von Monatskarten für die elektrische Straßenbahn einleiten, um gegen diese Unternehmungen Massenklagen anzustrengen. Diese Notiz versteht die „Bohemia“ mit dem Titel: „Mairuhe der Elektrischen auf Kosten der Abonnenten“. Wirklich, das Mißleid der „Bohemia“ mit den armen Abonnenten ist rührend. Es scheint uns aber, als ob das Bürgerblatt weniger aus warmem Gefühl für die eigenen Abonnenten zu diesem Stoßseufzer käme. Der Mehrzahl der „Bohemia“-Abonnenten dürfte nämlich so wie diesem Blatte selber die Tatsache ein Dorn im Auge sein, daß die Arbeiter der elektrischen Bahnen zusammen mit dem übrigen Proletariat den 1. Mai feiern wollen. Wir halten solche Gefühle eines kapitalistischen Blattes gegen die Arbeiter für durchaus natürlich und verweisen auf diese Äußerung der „Bohemia“ nur deshalb, weil wir jedermann davor bewahren wollen, durch das vorgeschützte Mißgefühl für die armen Abonnenten sich über den wahren Beweggrund dieser Sympathieklage täuschen zu lassen.

Die Wahlen in den Betriebsausschüß der Prager elektrischen Unternehmungen haben folgendes Ergebnis: die tschechische nationalsozialistische Jednota hat 2256 Stimmen und 10 Mandate erhalten (das vorige Mal 8 Mandate), eine unpolitische Gewerkschaftsvereinigung 932 Stimmen und 4 Mandate (bisher 6 Mandate), der tschechischen Sozialdemokratie nahestehende Svaz 836 Stimmen und 4 Mandate (bisher 4), die kommunistische „Federace“ 602 Stimmen und 3 Mandate (bisher 4) die Nationaldemokraten 271 Stimmen und 1 Mandat (bisher 0 Mandate) und das Syndikat 107 Stimmen und 0 Mandate (bisher 0 Mandate). Gewonnen haben also die Nationalsozialisten und Nationaldemokraten, verloren die Kommunisten, während der Besitzstand der tschechischen Sozialdemokraten der gleiche geblieben ist.

Hungerstreik der Sozialisten im Gefängnis von Tobolsk. Die Berliner Auslandsvertretung der russischen Sozialdemokraten hat aus sicherer Quelle die Nachricht erhalten, daß im Katorgagefängnis in Tobolsk in Sibirien vor mehreren Tagen die Gefangenen, etwa 130 Sozialisten, in den Hungerstreik getreten sind. Ein Gefangener soll gestorben sein, ein zweiter im Sterben liegen. Die Hungernden fordern Milderung des außerordentlich strengen Regimes und bessere Verpflegung. Von den Gefangenen haben viele bereits das berühmte Konzentrationslager in Solowezki mit einem siebzehntägigen Hungerstreik hinter sich.

Der Irrsinnige als Richter. Vergangene Woche trug sich in der Bergstadt Platten ein eigenartiger Fall zu. Nach einer längeren Verhandlung schellte plötzlich die Glocke des Richters im Verhandlungsloale. Der daraufhin erscheinende Gerichtsdienner fand einen Mann aus dem Nachbarhause, namens Schwarz, am Richtertische sitzen und vorbereitete Urteile unterfertigend. Der Mann ging dann mit einem eisernen Schürhaken gegen den Gerichtsdienner los, der flüchten mußte. Während mehrere Leute noch vor der Zimmertür über die Unschädlmachung des Geisteskranken berieten, betete dieser laut ein Vaterunser, sang dann „Ehre sei Gott in der Höhe“ und stürzte sich vom Fenster in die Tiefe. Beim Sturze brach sich der Mann beide Beine. Er wurde ins Krankenhaus nach Karlsbad gebracht.

Der Kampf um den Leichnam. In dem Prager Stadtteil Smichow ist vor einiger Zeit eine Frau gestorben, die römisch-katholische Bekenntnisse war. Ihr Mann, der jedoch der tschechoslowakischen Kirche angehört, hatte den Wunsch, daß die kirchlichen Zeremonien beim Beisetzungsbegehren von einem Geistlichen der tschechoslowakischen Kirche ausgeübt werden. Das aber sah das römisch-katholische Pfarramt in Smichow als einen Eingriff in seine Rechte an und wandte sich an die politische Bezirksverwaltung in Smichow. Diese entschied zu Gunsten des römisch-katholischen Pfarrers. Das Ministerium für Unterricht und Volksaufklärung hob jedoch die Entscheidung der politischen Behörde erster Instanz auf mit der Begründung, daß der Gatte auch, wenn er nicht dasselbe Bekenntnis hat, wie die Verstorbene, das Recht hatte, nach freier Wahl den Geistlichen, den er beim Begräbnisse wünschte, zu bestimmen. Daraufhin wandte sich das Smichover Pfarramt an das Oberste Verwaltungsgericht. Mit Entscheidung v. 20. März Nr. 4212-26 bestätigte dieses die Entscheidung des Ministeriums und erklärte, daß auf Grund des Artikels 14 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 (Verfassungsgesetz), in welchem die Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert wird, niemand dazu gezwungen werden kann, daß gegen seinen Willen religiöse Funktionen ausgeübt werden. Selbstverständlich war auch der Betreffende nicht verpflichtet, dem römisch-katholischen Geistlichen, der bei

## Devilmenturle.

Prager Kurse am 26. April.

Table with exchange rates for various currencies including Dutch, Reichsmark, French, Swiss, Sterling, and others.

dem Begräbnis gar nichts zu tun hatte, die Stofgebühren zu bezahlen.

Bergarbeiterlos. Auf der Kastelego-Grube wurden, wie aus Breslau gemeldet wird, durch Zusammenbruch einer Fahrbrücke zwei Säuer verschüttet. Die sofort eingeleiteten Rettungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig und waren mit großen Gefahren für die Rettungscolonne verbunden. Es gelang, einen Häuer lebend zu bergen. Da aller Voraussicht nach der zweite tot ist, wurden die Bergungsarbeiten wegen der damit verbundenen Lebensgefahr abgebrochen und mit den ordnungsmäßigen Aufräumungsarbeiten begonnen, die ein bis zwei Tage in Anspruch nehmen werden. — In dem Bahnschacht der Fürstenseingrube wurde ebenfalls ein Häuer verschüttet. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

Was in Rumänien verboten wird. Im Selbstverlag der Arbeitsgemeinschaft für kulturelle Propaganda, Prometheus, Wien, erschien vor einigen Tagen unter dem Titel „Judenhaß“ eine Sammlung für die Generalmajor Schönau, Barbasse, der Lordbischof von Winchester, Bernard Shaw und viele andere hervorragende Persönlichkeiten Originalbeiträge geschrieben haben, die die Amoral des Antisemitismus dartun. Die Verbreitung dieses Buches wurde in Rumänien verboten.

Alle Räuber, Mörder und Schieber. Die Aktion Mussolinis, die den Gegnern des faschistischen Regimes, die sich im Ausland befinden, das Staatsbürgerrecht aberkennen will, hat zu einem Proteststurm der italienischen Arbeiter in Amerika geführt. Einen von ihnen, Genossen Vincenzo Vaccaro, hat dieses Schicksal schon getroffen. In einer Reihe von großen Protestversammlungen in allen Teilen des Landes, haben sie zum Ausdruck gebracht, daß sie es als Schande empfinden müssen, einem Volke anzugehören, dessen Regierung ihre Hände mit dem Blut Matteottis besudelt hat. Schöne und stolze Worte sind in diesen Kundgebungen ausgesprochen worden: „Alle Räuber, Mörder und Schieber in schwarzen Hemden können ihre Nationalität behalten. Wir verzichten auf sie. Der Tag wird kommen, wo die Ketten uns nicht mehr fesseln werden und die Freiheit nicht mehr eine in den Schmutz geworfene Gottheit sein wird. Dann werden wir wiederum unser italienisches Bürgerrecht in Anspruch nehmen. Dieser Tag wird uns auf unseren Pflegen finden als Flüchtlinge, die zurückgekehrt sind, ihr Vaterland von den Mördern in schwarzen Hemden zu befreien.“

Moskau ist durch eine riesige Ueberschwemmung unter Wasser gesetzt worden. Nachdem sich seit einigen Tagen warmes Wetter eingestellt hatte, gingen über Moskau am Samstag und Sonntag starke Gewitter nieder. Schließlich setzte sich ein Eisgang auf dem Moskauerfluß in Bewegung, der den Strom aus seinen Ufern trieb und die tiefer gelegenen Stadtteile überschwemmte. Das Ueberschwemmungsgebiet wird durch berittene Militär abgeperrt. Bis 9 Uhr abends brannte das elektrische Licht in den überschwemmten Straßen und gab dem Viertel an der Moskauer ein ganz eigenartiges Bild. Die Elektrizitätsstation glaubt jedoch die Lichtversorgung nicht weiter aufrecht erhalten zu können, so daß sich die Stadtverwaltung zur Anbringung von Leuchtern in den überschwemmten Stadtteilen veranlaßt sah. Die Moskauer Feuerwehr hat die Aufgabe erhalten, bedrohliche Eisansammlungen zu sprengen. In einem Fall mußte sogar die Artillerie Hilfe leisten und durch das Feuer eines Feldgeschützes dem Eis freie Bahn schaffen.

Ein Sommerkurs für sozialdemokratische Lehrer und Lehrerinnen findet im Schloß Schönbrunn von Montag, den 19. Juli bis Samstag, den 7. August 1926 statt. Zur Teilnahme eingeladen sind sozialdemokratische Lehrer und Lehrerinnen, die in der Bewegung mitarbeiten. Es sind aber auch andere Teilnehmer, die begründetes Interesse zeigen, zugelassen. Anmeldungen, die den Lebenslauf des Bewerbers enthalten müssen, sind bis längstens 31. Mai 1926 an den Sozialdemokratischen Erziehungs- und Schulverein „Freie Schule — Kinderfreunde“, Reichsverein für Oesterreich in Wien XIII., Schloß Schönbrunn, zu richten. Es wird gegen einen geringe ausweichende Verpflegung und einfache Unterkunft geleistet. Der Kurs hat in erster Linie die Aufgabe, für Lehrer und Lehrerinnen wissenschaftliche Einführung in Theorie und Praxis der sozialistischen Erziehung zu geben, dabei sollen die Teilnehmer das ganze Parteiwesen kennen lernen.

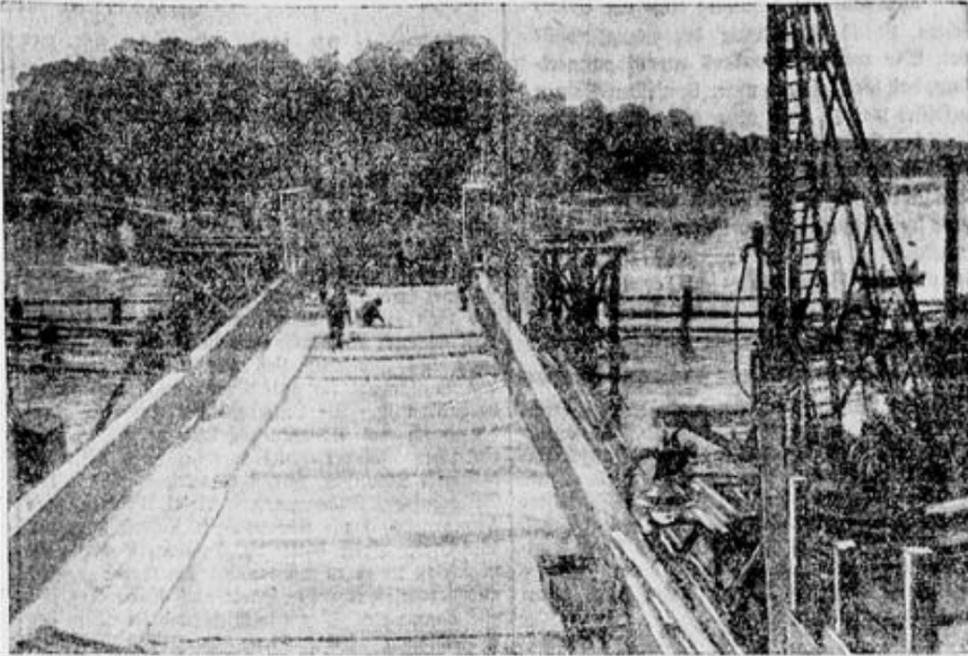
Eine Gedenktafel für Wilhelm Liebknecht wird zur Feier des 100jährigen Geburtsjahres Liebknechts in Gießen gegenüber Liebknechts Geburtshaus angebracht werden. Der Besitzer des Hauses, ein Kommerzienrat, gestattete nicht, die Tafel am Hause selbst anbringen zu lassen.

Wieder ein kommunistischer Funktionär in Deutschland ausgeschlossen. Der preussische Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete Max Dör wurde aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, weil er sich an Geldern der Not-Hilfe vergiffen hat.

**Buchpreise im Café „Continental“.** Im „Continental“ am Prager Graben besitzt man die Dreifachheit, für ein Paar Frankfurter mit Eis (ohne Brot) fünf Kronen zu verlangen. Da der Herr Kaffeesieder sich den Interventionen von Gästen, die ihn auf die Unerschämtheit dieses Preises aufmerksam machen wollten, einfach entzog und da er auch sonst übermäßige Preise fordert, halten wir es für nötig, das, Bucherami auf diese Dinge aufmerksam zu machen.

**Wetterübersicht vom 26. April.** Die warmen östlichen Luftströmungen, die Sonntag in der Republik eingedrungen waren, drangen in Böhmen Sonntag früh nach Südosten vor und erreichten Sturmstärke. Die größten Geschwindigkeiten erreichten die Sturmschiffe in Prag zwischen halb 12 und 14 Uhr mit 70 bis 76 Stundenkilometer. Zahlreiche Orte melden Sturmschäden. Das Tagesmittel in Prag war 20,7 Grad Celsius, um 10,3 Grad übernormal und um 1 Grad höher als das höchste normale Tagesmittel des ganzen Jahres. Die höchsten Tagestemperaturen meldeten das Moldau-, Elbe- und Marchtal mit 25 bis 27 Grad, die Südböhmische und Karpatenregion mit 27 bis 31 Grad. Das Wetter war überall ziemlich heiter und sonnig. Nur in der Slowakei entluden sich einzelne Gewitter. Abends flaute der Wind ab. Die Nacht auf Montag brachte eine leichte Abkühlung. Während die Minima in der Nacht auf Sonntag vielfach nicht unter 15 Grad herabgingen, lagen sie in der Nacht auf Montag in der ganzen Republik bereits vielfach unter 10 Grad. — Wahrscheinliches Wetter von Dienstag: Wechselnd bewölkt, niederlagsfrei oder nur lokale Gewitterregen, mäßige Wärme, Wind aus südöstlicher Richtung.

**Ein Tunnel, der erst fertiggestellt und dann verfenkt wird.**



Zur Untertunnelung der etwa 100 Meter breiten Müggelspree bei Berlin wird zur Zeit ein Tunnel gebaut, der erst vollkommen fertiggestellt und dann verfenkt wird. Im Augenblick steht die eine, 53 Meter lange Hälfte des Tunnelunterbaues fertig da. Bereits Ende Juli wird sie sich unter dem Sande des Müggelsees befinden. Da eine Hälfte der Müggelspree ständig frei bleiben muß, wird der Bau der südlichen Tunnelhälfte erst nach Fertigstellung des jetzt im Bau befindlichen Teils erfolgen. Im Dezember soll der Tunnel für den Fußgängerverkehr freigegeben werden.

Der eben abgegangene Generaldirektor hat sonderbare Geschäftsmethoden gehabt. Er hat geglaubt, das Unternehmen dadurch am besten zu fördern, wenn er gegen die Arbeiter und Angestellten recht scharf vorgeht. Er war kein Freund der Gewerkschaften, woran auch seine Sympathien für den Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband (D. H. V.) nichts ändern konnten. Man sieht an seinem Beispiel, daß der scharfmacherische Unternehmer selbst vom Standpunkt der geschäftlichen Interessen des Unternehmens nicht immer der erfolgreichste Unternehmer ist.

Die Arbeiter und Angestellten der Brüner Maschinenfabrik haben allenfalls ein großes Interesse daran, daß in die ganze Angelegenheit Licht gebracht werde und daß die geschäftlichen Methoden des Herrn Pauker einer gründlichen Untersuchung unterworfen werden.

**Zusammenenschlußbestrebungen in der schwedischen Eisenindustrie.**

Die Krise der internationalen Eisenindustrie ist auch an Schweden nicht spurlos vorüber gegangen. Auch dort wird seit langem mit stark gedrosselter Produktion gearbeitet. Von den vorhandenen Hochöfen sind nur 38 oder 30 Prozent in Betrieb. Kein Wunder, daß auch in Schweden der Gedanke der Rationalisierung stark in den Vordergrund trat.

Ein unparteiisches Komitee legte nach längerer Beratung einen Verschmelzungsantrag vor, der vom schwedischen Eisenkontor unter Hinzufügung weiterer Vorschläge gebilligt wurde. Der Zusammenschluß soll in der Form vor sich gehen, daß das Werk Fagersta zu einer Art Hauptgesellschaft gemacht wird und die übrigen zum Zusammenschluß vorgeschlagenen Unternehmungen von ihr übernommen werden. Das gesamte Aktienkapital der sieben Werke beträgt gegenwärtig rund 28 Millionen Kronen. Die Produktionsfähigkeit derselben stellt sich auf 120.000 Tonnen. Bei der vorgeschlagenen und durch den Zusammenschluß möglichen Spezialisierung der Produktion, Vermeidung jedes Verlaufs, Ersparnis von Verwaltungs- und Verlaufsstellen usw. hofft man diese Ziffer bei guter Konjunktur noch wesentlich erhöhen zu können. Man erhofft bei der Durchführung der vorgeschlagenen Rationalisierungsmaßnahmen ferner ein Ersparnis von jährlich 2,8 bis 3 Millionen schwedischer Kronen. Hierzu würde noch eine wesentliche Zinsverringering treten, wenn der Staat die erhoffte Finanzierung des neuen Unternehmens vornimmt.

Die sieben Einzelwerke arbeiten jetzt mit einer großen Quote von Leihkapital, die sich zum eigenen Kapitalfonds wie 7 zu 3 verhält, wodurch eine hohe Vorbelastung der Produktion besteht. Diese Kapitallast will man vermeiden, indem der schwedische Staat einen Kredit in Höhe von 15 Millionen Kronen zu billigem Zinsfuß, rückzahlbar in 20 bis 30 Jahren, gewähren soll. Diese Summe soll zum großen Teil dazu verwendet werden, die Bankschulden abzulösen. Die Zustimmung der beteiligten Körperschaften zu dem Staatskredit steht indessen noch aus.

Der Zusammenschluß der größeren schwedischen Eisenwerke bildet ein Gegenstück zu den Verschmelzungen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie in Oberschlesien und an der Ruhr. Ferner kann man in ihm eine Vorwegnahme sehen, in den internationalen Eisenkartellen eine bessere Eingliederung zu erreichen.

**Riesenausland in Norwegen.**

Berlin, 24. April. (Tel. Comp.) Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Oslo meldet, sind dort 30.000 Arbeiter des Baugewerbes, des Bergbaus sowie der Eisen-, Motor- und Textilindustrie in den Ausland getreten. Auch die Verhandlungen zwischen den Reedern und dem Seemannsverband sind in ein kritisches Stadium getreten.

**Gerichtssaal.**

**Der Skelettlund bei Elbogen.**

Eger, 26. April. Vor dem Schwurgerichte fand heute als erste Verhandlung der ersten Schwurgerichtsperiode die Verhandlung gegen den am 19. April 1898 geborenen Fleischer Oswald Lein in Elbogen wegen Mordes, begangen an seiner Gattin, statt.

Am 24. Juli 1925 wurde in der Nähe der Elbogener Bräuerei an einem Abhang des Grünbachtals ein Waldbrand ein weibliches Skelett, mit Laub zugedeckt gefunden. Das Skelett war nur mit einem weichen Hemd aus Hausleintwand und einem kurzen roten Wollstrumpf am linken Fuße bekleidet; im Haar waren zwei Bänder befestigt, welche am unteren Ende miteinander verknüpft waren. Das rechte Bein des Skeletts fehlte, während das linke gegen den Körper hinaufgehoben war. Auf der rechten Seite des Schädels zeigte sich eine Einschnittöffnung von einem Revolvergeschosse, im Hinterhaupte die Ausschüttöffnung. Weder eine Waffe, noch das fehlende Bein konnte trotz eingehender Nachsuche gefunden werden.

Die Nachforschungen nach der Persönlichkeit der Leuten blieben zunächst zwei Monate erfolglos, bis die Gendarmerie in Bohdale bei Brünn am 24. September 1925 der Polizei in Karlsbad mitteilte, daß sich während des Krieges in Hobiltschau in Mähren ein gewisser Oswald Lein aus Elbogen aufhielt, der mit Barbara Fied aus Hobiltschau ein Liebesverhältnis unterhielt, dem auch am 15. November 1919 ein Kind entsprang. Nach dem Kriege kehrte Lein zurück und heiratete am 5. Mai 1925 die Barbara Fied, die am 10. Dezember 1898 geboren war. Am 13. Mai 1925 fuhr Oswald Lein mit seiner Frau nach Karlsbad, um Arbeit zu suchen. Da die Fied nichts mehr von sich hören ließ, war der Verdacht rege, daß die Ermordete die Barbara Fied sein könnte. Tatsächlich erkannte später auch die Mutter der Ermordeten das Hemd und den Strumpf als Eigentum ihrer Tochter Barbara Fied.

Auf Grund dieser Mitteilungen wurde Oswald Lein, der sich damals in Karlsbad und Umgebung aufhielt, am 24. September 1925 verhaftet. Beim

ersten Verhöre gestand Lein, daß er am 14. Mai 1925 im Walde bei Elbogen seine Frau ermordet habe, er sei sehr aufgeregt gewesen, weil ihn die Frau und die Schwiegermutter schlecht behandelten.

Bei der Einvernahme beim Bezirksgericht Karlsbad gab Oswald Lein ebenfalls an, daß er seine Frau am 14. Mai 1925 ermordete, und zwar auf einem Feldwege zwischen Elbogen und Grünlas. Er sei über die Bemerkungen seiner Frau, daß jetzt die Zigeunerei wieder losgehe (gemeint war das Herumwandern auf Arbeitsuche) in Aufregung geraten und es sei zu einem Streite gekommen, in dessen Verlaufe er zwei Schüsse gegen seine Frau abfeuerte. Sie sei sofort zusammengesunken. Er habe sie dann in ein Stück bis an den Rand des Waldes getragen, die Leiche mit Laub zugedeckt und sei geflohen. Einige Tage habe er dann in Pilschert im Possantienhotel und später bei Frau Meußl gewohnt.

Beim Untersuchungsrichter am 10. Oktober 1925 beim Kreisgerichte Eger widerrief er seine bisherigen Angaben und stellte nun die Sache so dar, daß er am Bahnhof in Brünn einem Mädchenhändler seine Frau um 2000 K verkauft hätte, der sie in den Orient bringen wollte. Erst am 9. Dezember gab er zu, daß dies ein Märchen und seine Verantwortung vor dem Karlsbader Gerichte richtig gewesen sei.

Die Gelehrte hatte am rechten Beine eine große Narbe infolge einer Verletzung durch eine Sense beim Mähen und es wäre daher die Sicherstellung der Toten bei einer früheren Auffindung möglich gewesen. Es wird deshalb angenommen, daß Oswald Lein der Leiche das rechte Bein abschnitt und beiseite brachte, doch ist in dieser Richtung von ihm kein Geständnis zu erlangen. Das Einzige, was er zugestehet, ist, daß er die Leiche entkleidete und mit Laub bedeckte.

Seine leichte Erregbarkeit führt Oswald Lein auf eine Stein Schlagverletzung im Knie zurück, doch bezeichnen die Gerichtsärzte keine psychopathische Veranlagung nicht derart, daß sie seine strafrechtliche Verantwortung ausschließen könnte.

Die Geschworenen haben die Schuldfrage auf Mord mit 12 Stimmen bejaht, die Frage auf Teufelschlag mit 1 Stimme verneint, worauf der Angeklagte zum Tode durch den Strang verurteilt wurde.

**Volkswirtschaft.**

**Brüner Maschinenfabrik.**

Zeit einigen Wochen geht an der Prager wie an der Wiener Börse die Aktie der Brüner Maschinenfabrikgesellschaft ununterbrochen zurück. Von einem Kurse von 500 K ist diese Aktie nach und nach bis auf 280 K zurückgegangen. Schon seit Wochen schwirren allerlei Gerüchte über dieses Unternehmen umher, die nun ihre Bestätigung darin gefunden haben, daß der Verwaltungsrat des Unternehmens beschlossen hat, für das Jahr 1925 keine Dividende zu verteilen, obwohl er im Jänner ein gegenseitiger Beschlusse gefaßt worden war, nämlich eine Dividende von 25 K auszuschütten. Gleichzeitig hat der Generaldirektor des Unternehmens Dr. Pauker seine Stelle zurückgelegt. Auf ihn führt man jene Einschätzung der Geschäftsaussichten des Unternehmens zurück, die den Verwaltungsrat noch vor Wochen dazu bewogen haben, eine Dividende in Aussicht zu stellen.

Daß ein paar Aktionäre an den Papieren der Brüner Maschinenfabrik Geld verlieren, ist nicht das Wesentliche. Aber diese Vorgänge an der Börse haben Ursachen, die jedenfalls auch von Einfluß sein werden auf das Schicksal der Unternehmung und der darin beschäftigten Arbeiter. Und das ist keine Kleinigkeit. Handelt es sich hier doch um eine der größten Maschinenfabriken in der Tschechoslowakei, die über ein Aktienkapital von 88 Millionen Kronen verfügt und in ihrem Brüner Unternehmen allein 3500 Arbeiter beschäftigt. (Zwei Niederlassungen befinden sich im Ausland, eine in Wien, eine in Budapest.)

**Kleine Chronik.**

**Ueber das Einsieden der Früchte.**

In unserer gemäßigten Zone, in der die Obst-ernte nur auf wenige Monate im Jahre beschränkt ist, besteht natürlich das lebhafteste Bedürfnis, das Obst teils roh, teils in abgeänderter Form zu Dauerwaren umzugestalten. Eine Reihe von Früchten hält sich bei dem Aufbewahren in mäßig kühlen, gut gelüfteten Räumen (Keller) mit Leichtigkeit viele Monate über; so die Äpfel, Orangen, Bananen, Ananas und — wenn auch in geringerem Maße — Birnen und Weintrauben. Allerdings fällt hierbei wohl stets ein gewisser Prozentsatz der Früchte — 15 bis 50 Prozent — der Fäulnis anheim. Wesentlich besser hält sich das Obst in Kälte-räumen, wobei es auch zum großen Teil seinen frischen Geschmack vollumfänglich bewahrt.

Aber für zahlreiche Fruchtarten kommen doch nur die Einmachemethoden — die vorübergehende Hitze-Einwirkung — in Frage. Hierbei werden die Fäulnis-, Gärungs- und Schimmelpilze ungeschädlich gemacht (sterilisiert) und pasteurisiert, und das Obst wird durch Luftabschluss vor erneutem Eindringen der Schädlinge geschützt. Am bekanntesten sind die Weck-Regel-er usw., die im Haushalt fast unbeschränkt vorherrschen. Da hier die Mäher nur wenig bewegt werden, so reichen Gummiring und Luftdruckschluß aus. Im Handel jedoch, wo Erhaltung und Stroh häufig sind, bedient man sich noch älterer, aber stabilerer Verfahren (verlötete Weißblechbüchsen usw.). Die Früchte werden vor dem Einfüllen einfach gedämpft; hierbei setzt man ihnen je nach Geschmack Zucker, Essig, Gewürz und Zitronensaft usw. zu; außerdem gießt man Wasser darauf oder entzieht es auch durch

Verdunstung, bis die gewünschte Dichte erreicht ist. Die Reimabmähung, die bei verschlossenen Gläsern vor sich geht, dauert je nach Art des Obstes — bei Steinobst länger als bei Beerenobst — eine Viertel- bis höchstens eine halbe Stunde.

Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß durch hohe und langdauernde Temperaturen zwar die Keime abgetötet, aber auch die Geschmacksstoffe nachteilig verändert werden. Im allgemeinen gelingt es jedoch der Erfahrung, die jeweilig geeignete Temperatur und Dauer zu treffen, wenn auch nicht selten der Inhalt von einigen Gläsern verdirbt. Ein solches Verderben zeigt sich durch Aufblähen des Deckels. Man kann den Inhalt, da es sich bei dem Obst meist nur um Auskeimen von harmlosen Hefepilzen handelt, nochmals aufkochen, so daß er wieder genießbar wird. Allerdings leidet darunter der Geschmack. Deshalb versucht man mit Hilfe besonderer keimtötender Mittel das Verderben ganz zu verhüten. Die meisten dieser keimstörungs immer ungefährlchen Zusätze sind freilich für den öffentlichen Handel in Deutschland und den meisten anderen Staaten verboten oder in ihrer Anwendung sehr eingeschränkt.

Schwefelige Säure sollte man auch im Haushalt bei Obst gänzlich vermeiden; dagegen ist Salizylsäure ein beliebtes Hilfsmittel und gegen oberflächlich wachsende Schimmelpilze recht wirksam. Zu bedenken ist dabei, daß eine tägliche Zufuhr von einigen Dezigramm Salizyl, wie es bei regelmäßigen Genuß eingemachter Früchte der Fall sein dürfte, nicht belanglos für den Körper ist. Kinder oder Nierenleidende sollten überhaupt kein salizylhaltiges Obst genießen; dem Gesunden dürfte auch nur solches Obst zuträglich sein, das auf ein Kilogramm reiferer Masse höchstens ein Gramm Salizyl enthält. Auch Bor säure ist als Zusatz im Handel mit Recht verboten, zumal da sie

sehr leicht Gesundheitsstörungen hervorruft, ohne nennenswert bakterientötend zu wirken. Dagegen ist die Benzoesäure schon eher zu verwenden, da sie gut desinfiziert und kaum Nachteile mit sich bringt. Vielleicht wird sich die eine oder andere Hausfrau noch erinnern, daß seinerzeit das Kriegsernährungsamt den Zusatz von 0,1 Prozent benzoesäures Natrium zu Obstkonerven (Müs und Säfte) für den Haushalt empfohlen hat, um das Verderben von größeren Mengen Obstes wirksam zu verhüten. Ebenso sind der schon in kleinen Mengen wirksamen Ameisensäure nur gute Eigenschaften nachzurühmen; sie wird sich immer mehr Raum in der Einmachetechnik erobern.

Schließlich wäre noch Essig in Verbindung mit Zucker als ein sehr wirksames Konservierungsmittel zu nennen. Der Zuckersatz allein bietet seinen Schutz gegen Verderben — wenigstens nicht in der Konzentration, in der man ihn gewöhnlich dem Obst zusetzt — also 25 bis 40 Prozent; deshalb muß gesüßertes Obst ebenso sterilisiert werden wie das ungesüßerte, wenn man nicht unangenehme Ueberraschungen erleben will. Zuckerkonzentrationen von 50 bis 60 Prozent, die allerdings die Keime abtöten oder wenigstens das Wachstum hemmen, bedingen einen widerlich süßen Geschmack und kommen für Einmachezwecke nicht in Frage.

**Eine neue tropische Krankheit.** Dr. Carlos Chagas, der Leiter des bakteriologischen Instituts in Rio de Janeiro berichtet über eine neue Krankheit, bei der merkwürdigerweise früher der Erreger als das Krankheitsbild bekannt wurde. Während man bei Infektionskrankheiten sonst immer zuerst die Krankheitsbilder kennt, und dann erst oft nach langem Suchen den verursachenden Krankheitserreger findet, war es hier notwendig, die zu

dem Erreger gehörende Krankheit zu suchen. Chagas entdeckte im Darm einer Wanzenart ein bisher unbekanntes Geißeltierchen (Flagellat). Es war nun denkbar, daß es sich um einen Organismus handle, der lediglich im Darm der Wanze lebt, aber ebenso bestand die Möglichkeit, daß sein Aufenthalt in der Wanze nur einen Abschnitt im Lebenskreis eines von Wirbeltieren stammenden Krankheitserregers darstellen könnte — ähnlich wie der Fleckfiebererregter im Entwicklungsstadium in der Laus — der Malariaerregter ein solches in bestimmten Mückenarten durchmacht. Die letzte Vermutung war richtig, denn auf Grund sorgfältiger Untersuchungen ließ sich der Nachweis führen, daß es sich bei der neuen Entdeckung tatsächlich um einen Krankheitserreger handelt, der außerordentlich häufig auftretende schwere Krankheitserscheinungen unter den Eingeborenen hervorbringt. Die Krankheit hat neben anderen nervösen Störungen, ein der Gehirngrippe sehr ähnliches Krankheitsbild. Da die Krankheit auch mit Zuständen, welche rassistisch-gigienisches Interesse haben, z. B. Kretinismus und endemischen Kropf, in engen Beziehungen steht, so darf man wohl von ihrem weiteren Studium Aufschlüsse über auch bei uns herrschende wichtige Erkrankungen erwarten, deren Krankheitsursache bis heute vollkommen ungeklärt war.

**Der Gipfel des Snobismus.** Das französische Blatt „Cri de Paris“ erhebt scharfen Protest dagegen, daß in Pariser Geschäften alte Prachtausgaben von Werken französischer Klassiker zu sehen sind, die durch Herausnahme der Blätter zu Zigarren- und Konfektgeschäften umgestaltet sind. Diese Spekulation auf die Sensationslust kulturloser Raffines und Reueichs dürfte in der Tat nicht so leicht mehr überboten werden können.

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

Der Film.

Ein Puppenheim (Nora), nach dem gleichnamigen Drama von S. Ibsen. Die United Artists haben sich an das schwere Werk gemacht, ein Ibsensches Sozieldrama zu verfilmen. Die Regie und die dramaturgische Leitung des Films haben ihre Aufgabe zwar nicht reiflos gelöst, waren aber ehrlich bemüht, den Feinheiten des Werkes gerecht zu werden. Ibsens Drama ist analytisch, sie legen ein, was der Anoten bereits geschildert, die Handlung zum Teil ausgelassen, der Sündenfall der Helgen geschieden ist. Der Film gibt notwendig auch die Handlung der Vorfälle. Das wäre hier zur Not gelungen, mißglückt ist aber die Nora und mit ihr natürlich auch der Film selbst. Man hat in (Nora) und Ari sind bisher unbekannt) spielt eine alberne Komödie statt einer im tiefsten Innern kindlich geliebten Frau, die mit Kindern wie mit Puppen, mit Wecheln wie mit Notizblättern spielt. Die Nora in diesem Film ist unsumpatisch in der Maske, im Spiel und als Charakter. Die Amerikaner sollten nach dieser Erfahrung von Ibsen lieber die Hände lassen. Wenn ihn jemand verfilmen kann, dann ist es die Nordist oder die Ufa. Die United Artists haben mit dem Nora-Film unter einer großen Serie guter Filme eine Niete gezogen, sie werden hoffentlich zu Stoffen zurückkehren, die ihnen besser liegen.

Amerikanischer Spleen. Laura la Wante spielt die Hauptrolle in dem Film „Die große Nacht“, der ausschließlich in der Zeit von Mitternacht bis zur Morgendämmerung gedreht wird. Falls diese Nachts nicht eine bloße Reklame ist, ist es unerfindlich, was die Amerikaner mit solchen Narrheiten bezwecken wollen.

Kunst und Wissen. Eugen Dnegin.

Tschaikowskys bedeutendstes Opernwerk „Eugen Dnegin“, das im Jahre 1879 entstanden ist, gehört heute zum Repertoirebestande aller großen deutschen Opernbühnen. Das Verdienst unseres Prager deutschen Theaters, die Oper am Sonntag erstausgeführt zu haben, ist daher nicht allzu groß, denn mit der Ausnahme des Werkes in den Spielplan wurde nur eine unbegreifliche Unterlassungssünde gutgemacht. Tschaikowskys „Eugen Dnegin“, dessen Textbuch der Komponist nach dem gleichnamigen Roman in Versen des russischen Dichters Puschkín selbst verfaßt hat, trägt mit Recht die Bezeichnung „Lyrische Szenen“ in drei Akten. Denn trotz einzelner dramatischer Momente enthält die Oper des großen dramatischen Zuges und wirkt in ihrem unbefriedigenden, resignierten Schluß mehr lyrisch als dramatisch. „Eugen Dnegin“ ist die Romangeschichte zweier Freunde und ihrer Liebe zu zwei Schwestern. In den Figuren des blasierten Weltmannes Dnegin und seines Freundes, des leidenschaftlich-schwärmerischen Dichters Lenzi, hat man die in Puschkín selbst ruhenden Naturen erkennen wollen, in den beiden Töchtern Larinas soll der junge russische Dichter die Schwestern Ljilja und Gekher haben, in deren Landhause er oft verkehrte. Tschaikowskys Musik zeichnet sich vor allem durch lyrischen Schöpfung und Farbenreichtum im Instrumentalen aus; ihr besonderes Kennzeichen ist die echt slavische Weichheit, die melodisch und harmonisch in gleicher Weise betont ist. „Eugen Dnegin“ ist unter den zehn Opern des großen russischen Tonkünstlers die einzige, die sich bleibend auch auf den Spielplänen der deutschen Opernbühnen erhalten hat; die deutsche Erstaufführung erfolgte im Jahre 1892 am Theater in Hamburg. So schön und musikalisch gefühlvoll einzelne Szenen der Oper heute noch wirken, so sehr fallen andere dagegen ab und erscheinen dem neuzeitlichen Musikpublikum banal und phrasenhaft konventionell. Eines der Hauptthemen des Werkes, das dem Hörer in ungezählten Veränderungen, melodischen, harmonischen und rhythmischen Verbiegungen immer wieder auffällt, hat Tschaikowskys übrigens aus seiner großen pathetischen Sinfonie in die Oper übernommen.

Ganz ausgezeichnet war die Aufführung des Werkes. Vor allem die musikalisch prächtige, ebenso sorgfältige wie rhythmisch und dynamisch wirkungsvoll gealterte Wiedergabe der Oper durch Zemlin verdient uneingeschränktes Lob. Auch Lobers Regie und Inszenierung zeichnete sich durch Stillegefühl und Geschmack aus. Unter den Darstellern ist an erster Stelle Herr Sagen zu nennen, der insbesondere darstellerisch einen illusionvollkommenen Dnegin gab, aber auch gefanglich der Rolle nichts schuldig blieb. Auch Herr Neumann als sein Freund und Gegenpieler Lenzi bot eine gefangliche und schauspielerisch abgerundete Leistung. Die weibliche Hauptrolle der Larina sang als Gastfr. Hella Toró. Nach ihrer ausgezeichneten Santuzza bereitete sie in dieser mehr passiver Operngestalt einigermaßen Enttäuschung. Besser noch lag ihr der kindliche Ton der jungen Larina, während sie als heiterste Larina nicht zu überzeugend verwehte. Auch gefanglich ging sie diesmal nicht so aus sich heraus und zeigte in den hohen Tönen eine auffallende Sprödigkeit ihres Stimmmaterials. Das der dritte Akt der Oper 26 Jahre später Lenzi als die beiden ersten Akte, war weder

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Zahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitungen erfolgt. Die Bezugsgebühr beträgt monatlich 16 K, vierteljährig 48 K, halbjährig 96 K, ganzjährig 192 K und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsbetrag muß bis spätestens 10. u. M. in unserem Besitze sein und ersuchen wir, dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

der Fürstin Larina noch Herrn Dnegin anzusehen, was einen großen Regiefehler darstellt. Ausgezeichnet bewährten sich die Darsteller und Darstellerinnen der übrigen Rollen der Oper: Vor allem Frau Schwarz als entzückend aussehende Olga, Herr Sommer als stimmprächtiger Fürst Gremm, Fr. Sommer als Amme Filipjevna und Frau Kalina als Mutter Larina. Das nahezu ausverkaufte Haus nahm die Erstaufführung der Oper mit spontanem Beifall entgegen.

Edwin Janetschek.

Eugen Alöpfer, einer der vielgeachteten Charakterdarsteller der Deutschen Bühne, wird nächste Woche das erste Mal vor das Prager Publikum treten. Er kommt mit seinem eigenen Ensemble der Berliner Künstler und spielt am 6. Mai in Hermann Wahrs prächtiger Komödie „Der Meister“, am 7. Mai in „Die Wollust der Unständigkeit“, Komödie in drei Akten von Pirandello und anschließend in der Tragikomödie von Anton Wildgans „In Ewigkeit Amen“ die Hauptrollen.

Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag. Der zweite Kammermusikabend im Mozarteum am Donnerstag, dem 29. April, halb 8 Uhr abends, bringt folgendes Programm: Streichquartett, Op. 7, von B. Vartol; Klavier-Trio, Op. 1, von Beethoven und Klavierquartett, Op. 3, von Brahms. Die ausführenden Schüler sind aus der Kammermusikklasse des Herrn Mauriz Frank. Karten bei Wegler und in der Kasse der Akademie.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Dienstag „Eugen Dnegin“. Mittwoch halb 8 Uhr „Die Geisha“. Donnerstag „Der Selige“, „Brüderlein fein“, „Die schlimmen Buben“. Freitag 8 Uhr „Maisevorfälle“, „Die verkaufte Braut“. Samstag geschlossen. Sonntag halb 3 Uhr Gastspiel Werbezirk „Mama Pelikan“. 7 Uhr „Figaros Hochzeit“. Montag „Eugen Dnegin“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag „Frau Bid in Audienz“. Samstag geschlossen. Sonntag 3 Uhr nachm. Gastspiel Werbezirk „Mama Pelikan“, abends halb 8 Uhr „Frau Bid in Audienz“.

Bereinsnachrichten.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag, veranstaltet am 2. Mai ein Frühlingstreffen im Libochal und ladet die Genossen u. Genossinnen hiezu ein. Besuch des Felsenheimes in Schelefen und der Höhe von Tupadl Teilnahme am Frühlingstfest der Naturfreunde. Zusammenkunft am Masarykbahnhof um 6.15 Uhr, Abfahrt um 6.40 Uhr. Rückfahrt 18.30, an 20.10 Denisbahnhof. Fahrpreise für eine Person 20 K. — Anmeldung der Teilnehmer am 1. Mai vor und nach der Maiversammlung.

Prager Filmbörse.

Ein Entdeckungs- und Forscherfilm von ganz hervorragendem erzieherischen Werte erscheint im Verleih der United Artists unter dem Titel „Der Tod am Bangveolo-See“. Der Film schildert sprunghaft in knappen Bildern den Lebenslauf des berühmten englischen Forschers David Livingstone, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, als Missionär und Arzt in Afrika zu wirken und hauptsächlich den dort zu jener Zeit schwundvoll betriebenen Negersklavenhandel zu bekämpfen. In diesem an und für sich nicht gerade filmwirksamen Rahmen entrollt aber der Film eine ganze Reihe nicht nur landschaftlich schöner, sondern auch anschaulicher und erzieherischer Bilder jenes Afrika, das bei uns nur aus Büchern bekannt ist, die natürlich bei weitem nicht so anschaulich und bildsam die dort herrschenden Zustände, die Sitten und Gebräuche der Einwohner, die landschaftlichen Reize und die Tier- und Pflanzenwelt schildern können. In diesem Sinne ist der Film als eine überaus gelungene Arbeit zu bezeichnen, die sich für Bildungszwecke sehr gut eignet und daher wärmstens empfohlen werden kann. In dem Inhalt wäre noch zu bemerken, daß es recht durchsichtig einseitig ist, die Kolonialisationsbestrebungen der Engländer ausschließlich damit zu begründen, daß sie die Sklaverei abschaffen oder sonst die Segnungen der weißen Kultur verpflanzen wollten; der allgemein gut bekannte Eroberungs- und Expansionsgeist der Engländer beruht natürlich in allererster Linie auf politisch-wirtschaftlichen Erwägungen. — Den zweiten vorgeschlagenen Film: „Das Puppenheim“ (Nora) nach dem Schauspiel von Henrik Ibsen besprechen wir an anderer Stelle. Die diesmal von der Franamet vorgeführten

Turnen und Sport.

Falkenauer H.R. schlägt „Rohland“ 5:1 im Serienpiel. — Falkenauer H.R. Reserve gegen „Rohland“ 3:1. — Falkenauer H.R. I. Jugend gegen Großitz Reserve 1:3.

DTC. Profi gegen Teplitzer H.R. 3:1 (2:0). Seit langer Zeit hatte man wieder einmal Gelegenheit, die Teplitzer hier spielen zu sehen. Freilich, das Können weisen die Teplitzer nicht mehr auf, das sie einst besaßen haben. Trotzdem bleiben sie noch immer ein achtunggebietender Gegner, der sich nicht so leicht unterkriegen läßt. Der Angriff ruht noch auf den beiden Flügeln Tampe und Haberstroß, das Dreiecken sich nur zeitweise erkennen, das Verständnis für gute Kombination und Schuß vorhanden ist. Die Leistungen des Angriffes wurden durch das Versagen Schebeks verfehlet, der ein sehr unsicheres Spiel vorsührte und nicht der geeignete Mann ist, Panas zu ersetzen. Die beiden Seitenhälften, Bachmann und Kreil, leisteten gute Arbeit sowie eine teilweise Unterstützung des Angriffes. Kreil hatte die Aufgabe, Sobor nicht in Aktion treten zu lassen und dessen wurde er nicht nur gerecht, sondern er leitete auch schöne Angriffe mit Tampe ein. Der alte Niels und König in der Verteidigung, sowie Ritter im Tor vollbrachten wahre Wunder, dem DTC-Angriff die Schußgelegenheiten auf ein Mindestmaß zu verringern. Das einzige Tor der Teplitzer fiel durch eine Vorlage Tampe, da Weigelhofer, hart bedrängt, den Ball selbst ins eigene Tor beförderte. Die Teplitzer zeigten eine lebenswerte Eigenschaft, die der Mannschaft des DTC. vollständig fehlt: sie spielten mit Begeisterung und Anspornung, obwohl sie öfters auch mit viel Glück die Situation meisterten. Der DTC. machte, als Gonzes genommen, keinen befriedigenden Eindruck. Im Angriff wollte es gar nicht klappen. Kromholz war mit seinem robusten Spiel ein schlechter Stellvertreter Patels und wundert in der zweiten Halbzeit auf den linken Flügel, wo er aber auch nichts Besseres zeigte. Hannhäuser und Leh waren noch die einzigen, die sich aufs Kämpfen verstanden, später allerdings viel Leh ab. Sedlacek ist wohl der Urheber von zwei Toren, sonst war auch seine Leistung nicht überragend. In der Halbzeit waren Steffl und zeitweise Mahrer schwach, bloß Schillingler war auf gewohnter Höhe. Die Verteidigung Rudolfs-Weigelhofer hatte keine leichte Arbeit mit den schnellen Teplitzer Flügeln und besonders Weigelhofer zog im Kampfe mit Haberstroß immer den Kürzeren. Wäre Jops, der sehr talentierte Mittelstürmer, nicht so sehr durch das schwache Spiel Schebeks in Mitleidenschaft gezogen worden, wäre der DTC. nicht so leicht zu einem Siege gekommen. Hignondy hatte ein unglückliches Glück bei seinen Aktionen. DTC. hat den Sieg verdient und zwei Meisterschaftspunkte sicher und damit den Meistertitel neuerdings erungen. Schiedsrichter Hirsch war sonst objektiv, zeigte aber in der Beurteilung von Fouls eine Auffassung, die den Regeln zuwiderläuft.

DTC-Amateure gegen Sportbrüder 2:2 (1:2). Dieser Meisterschaftskampf hätte beinahe wiederum mit einem Glücklichge der Sportbrüder gedeutet. In dieser Beziehung wäre das ausgesprochen schwache Spiel der Hintermannschaft außer Mißlich und Tauslich zu rügen. Aber auch der Angriff war nicht auf der Höhe. Wohrysel ist viel zu schwerfällig als Führer, kann des öfteren das Tempo nicht mithalten und so klappte denn immer eine Bude im Angriff. Man kann sich noch immer nicht daran gewöhnen, das Vortragen des Angriffes den schnellen Flügeln zu überlassen und kombiniert lieber in der Mitte, ohne sich erfolgreich durchsetzen zu können. Wenn dieses fruchtlose Gespielle nicht aufgegeben wird, werden die DTC-Amateure schon in den Zwischenjahren um den Meistertitel ausschließen, denn in der Provinz fürchtet man sich nicht so sehr vor der Schwärzigkeit eines DTC. Die Sport-

brüder zeigten in der ersten Hälfte, trotzdem sie gegen Wind spielten, ein gefälliges Spiel, fielen aber in der zweiten stark ab. Unangenehm wirkte das zu scharfe Spiel der Hintermannschaft. Schiedsrichter Schirmer konnte befriedigen.

Weiterer Sonntagssport. Prag. Slavia geg. C. 4:1 (2:1), Ruzelsky EA. gegen Bräbire 1:1 (1:0), EA. Madno gegen Slavoj Zizkov 5:1 (2:1), EA. Liben gegen Cechie VIII 2:0 (1:0); Samstag: Viktoria Zizkov gegen Meteor VIII 3:0; Union Zizkov gegen Krobeshlav 6:1 (3:1), Sparta Kofike gegen Slovov VII 5:1, Rapid geg. Sparta Madno 7:2 (3:2), Cechie Smichov gegen Rodlichy H. 4:2 (3:1), Union Bräbire gegen EA. Kolin 3:3 (0:2), EA. Praha VII gegen Cechoslovov Kofike 3:2 (0:1). — Pardubitz. Viktoria Zizkov gegen Pardubice 6:3 (2:1). — Königgrätz. Gradec Kral. gegen Cerveny Kofike 2:7 (0:2). — Rimburg. EA. gegen Olympia Grad. Kral. 3:1 (2:1). — Budweis. DTC. geg. DTC. Sturm Prag 4:2; wegen ungünstiger Witterung als Freundschaftsspiel ausgetragen. — Turn. Turner EA. gegen Hodyba Turn 4:0. — Bräz. DTC. gegen EA. Teplitz 4:1. — Auzsig. DTC. gegen DTC. Wornsdorf 4:2. — Saaz. DTC. gegen EA. Union Zizkov Hochhäuser-Elf 0:0. — Bordenbach. Spielvereinigung gegen DTC. Komotau 3:0. — Reichenberg. DTC. Gablonz gegen EA. 3:1. — Olmütz. EA. Nemouze gegen Hodoslav 4:2 (3:1). — Proskitz. EA. Profidjob gegen EA. Baka Jlin 4:1 (1:0). — Brünn. Mor. Slavia gegen DTC. 3:2 (2:1). — Mähr.-Ost. Slavia gegen Slavia 5:0 (1:0). — Brehburg. Samstag: Wader Wien gegen EA. Bratislava 3:0 (1:0), Wader mit neun Mann und einem ausgebliebenen Torwächter; Sonntag: Wader Wien gegen Rapid-DTC. lomb. 4:1, Ugeti gegen Zwirnfabrik 5:1. — Wien. Samstag: Vienna gegen DTC. 1:0 (1:0), Sportklub gegen Rudolfsberg 2:1 (0:0); Sonntag: Slovov gegen Simmering 3:1, Rapid g. Admira 0:1. — Budapest. Samstag: Amateure Wien gegen DTC. 4:0 (2:0), die Wiener ohne Tandler und Konrod; Sonntag: Amateure Wien gegen M.A. 2:2 (1:2), Vasas gegen EA. 1:1 (1:0), Törökes gegen Nemzeti 0:0, DTC. gegen 33er FC. 2:1 (2:0), UTE. gegen KAC. 0:2 (0:1). — Fürth. Sp. gegen EA. Saarbrücken 3:0. — Nürnberg. 1. FC. gegen Stuttgarter Riders 3:3. — München. Wader gegen Schwaben Augsburg 8:0. — Wanaheim. Bayern München gegen EA. 2:2 (2:1). — Kiel. Holstein gegen Armina Hannover 6:2 (1:0). — Atona. „AS“ gegen Hamburger EA. 1:4 (0:2). — Berlin. Viktoria gegen Tennis Borussia 3:0. — Dresden. DTC. gegen Fortuna Leipzig 3:0. — Amsterdam. Städtepiel Amsterdam gegen Duisburg 2:2 (1:1). — Paris. Ländermatch Frankreich gegen Schweiz 1:0 (1:0). — Englische Liga: Arsenal gegen West Bromwich Albion 1:2, Birmingham gegen West Ham United 1:0, Blackburn Rovers gegen Aston Villa 3:1, Cardiff City gegen Liverpool 2:2, Tottenham Hotspurs gegen Burnley 0:2. — London. Samstag: Bolton Wanderers gewannen im Finale des Cup vor 90.000 Zuschauern gegen Manchester City 1:0 (0:0).

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehlte sich den p. l. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tischlergasse Nr. 6.

von dem die flott und unterhaltend abrollende Handlung durchdrängt ist, die sympathischen Erscheinungen und guten Leistungen des Liebespaars (Richard Dix und Esther Ralston) stempeln das Stück zu einem Unterhaltungsfilm erstklassiger Güte. — Schwächer, aber auch recht gut verfilmt ist das Metro Goldwyn-Lustspiel „Die Liebe aus dem Pensionat“, die Geschichte eines gerade aus dem Pensionat gekommenen Mädchens (Zolly L. Reis), das nach ganz ungläublichen Vorfällen doch den Geliebten bekommt. Die Handlung ist allerdings bloß auf die leichte Unterhaltung abgestimmt; immerhin weist sie einige Szenen auf, die schallende Heiterkeit erwecken. Der Vorliebe für anspruchsvolle, aber nett und begiegen gebrachte Lustspiele hat, der wird voll auf seine Rechnung kommen.

Die American brachte „Das Gesetz der Wildnis“ mit dem Halbindianer Art Accord, einen Film, der vielleicht der amerikanischen Gefühlsart entspricht, aber in unseren Augen nur ein schwaches, kaum Beachtung verdienendes Stück ist. Außerdem wurden zwei wertvolle Lustspiele vorgeführt, die zwar lustig, aber belanglos sind. — Die Einführung, bzw. Einfuhr derartig schwacher Filme ist ziemlich verständlich, wenn man bedenkt, daß bei der erheblichen Ueberproduktion von Filmen nicht einmal die wirklich gehaltenen Stücke abgespielt werden können. Wobin soll das führen? Die Amerikaner selbst werden natürlich nie zu kurz kommen, da jeder Film sich in Amerika bezahlt machen muß, so daß sie auf den Ertrag des Filmes im Ausland nicht angewiesen sind. Die selbstverständliche Folge davon ist, daß sie hier ihre Filme um den Mindestpreis verkaufen können und daher auch die beste europäische Produktion rücksichtslos in den Hintergrund drängen.

H. W. Schimberg.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. HOLL.